

STATISTISCHES BUNDESAMT

B E R I C H T

über Arbeiten des Statistischen Bundesamtes
im Jahre 1956
und über neue statistische Vorhaben

Besprechungsunterlage
für die 4. Tagung des Statistischen Beirats
am 14. und 15. März 1957 in Wiesbaden

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung	1
<u>A. Allgemeiner Teil</u>	
I. Organisations- und Rechtsfragen der Bundesstatistik	
1. Angleichung der Statistik im Saarland an die Bundesstatistik	5
2. Stand der Schaffung von Rechtsgrundlagen	6
3. Kritische Bemerkungen zum StatGes	
a) Beschränkung von Rechtsverordnungen gemäß § 6, Abs. 2	7
b) Rechtsgrundlagen für freiwillige Statistiken	8
II. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen Organisationen und Ausschüssen	
1. Interministerieller Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Bilanzen“ und damit zusammenhängende Arbeiten	9
2. Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung (AWV).	10
3. Bundesausschuß Betriebswirtschaft	10
4. Deutscher Normenausschuß (DNA)	11
5. Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute	11
III. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an internationalen Organisationen und Tagungen	
1. Allgemeine Bemerkung	13
2. Konferenz Europäischer Statistiker	14
a) Vorbereitung der großen Zählungen des Zensusjahres 1960	
(1) Volks-, Berufs- und Wohnungszählungen	15
(2) Allgemeine und besondere Betriebszählungen.	17
(3) Landwirtschaftszählung	17
(4) Handelszensus	18
(5) Koordinierung der einzelnen Zählungen	19

	Seite
b) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und kurzfristige allgemeine Wirtschaftsbeobachtung	
(1) Kapitalbildung und Kapitalverschleiß . . .	19
(2) Weitere Arbeiten auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	20
(3) Statistik für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung	21
c) Übrige Arbeiten	
(1) Wirtschaftsrechnungen	24
(2) Internationaler Reallohnvergleich	25
(3) Stahlstatistik	25
(4) Großrechenanlagen	25
3. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE)	
a) Verkehrsstatistik	26
b) Lohnstatistik	26
c) Forststatistik	27
d) Stahlstatistik	27
4. Statistische Arbeiten der OEEC einschließlich der Europäischen Produktivitätszentrale	
a) Fremdenverkehrsstatistik	27
b) Statistik der Arbeitskräfte	28
c) Eisen- und Stahlstatistik	28
d) Europäische Produktivitätsstatistik	28
5. Beteiligung an den Arbeiten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montan-Union)	
a) Konferenz der Leiter der Statistischen Ämter	30
b) Wirtschaftsrechnungen und Reallohnvergleich.	30
c) Produktionsindex der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie	31
d) Untersuchung über die Entwicklung der Volkswirtschaften	32
e) Beschäftigungsstatistik	32
f) Andere Arbeiten	33
6. Beteiligung an den Arbeiten der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR)	33

7. Beteiligung an den Arbeiten des Statistischen Amtes der UN und ihrer Sonderorganisationen	
a) Statistisches Amt der UN	34
b) Internationale Arbeitsorganisation (ILO)	35
c) Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO)	35
d) Welt-Gesundheitsorganisation (WHO)	35
e) Organisation der UN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO).	36
f) Technical Assistance Administration der UN (TAA)	36
8. Beteiligung an den Arbeiten sonstiger internationaler Organisationen	
a) Europäischer Zweig der Ökonometrischen Gesellschaft	36
b) Internationale Handelskammer	36
c) Internationale Union für Familienorganisationen.	37
d) British Council	37

B. Berichte der Abteilungen

über wichtige Probleme ihres Arbeitsgebietes

I. Allgemeine Organisation der Statistik

1. Organisations- und Rechtsfragen, allgemeine statistische Technik und Methodik	38
2. Systematiken	39
3. Mathematisch-statistische Methodik	40
4. Verwendung von Großrechenanlagen für statistische Aufbereitungen	42
5. Veröffentlichungen	43
6. Zweigstelle Berlin	45

II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Allgemeine Auslandsstatistik

1. Revision der Sozialproduktsberechnung	45
2. Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.	46
3. Sonderarbeiten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	48

	Seite
4. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Auslandes	48
5. Abstimmung der Statistik auf die volkswirtschaftlichen Erfordernisse	49
6. Kostenstrukturuntersuchungen	50
7. Untersuchungen der deutschen Wirtschaftsstruktur. .	50
8. Auskunftsdienst	51
9. Allgemeine Verbindung zu internationalen Organisationen	52
10. Allgemeine Auslandsstatistik	52
 III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik	
1. Bodenbenutzung, Ernte	53
2. Gartenbau, Obst, Gemüse, Weinbau	54
3. Viehzählungen	55
4. Milcherzeugung und Schlachtungen	55
5. Statistik der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben	55
6. Allgemeine Forsterhebung	56
7. Fischwirtschaft	56
 IV. Industrie- und Handwerksstatistik	
1. Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe	57
2. Erhebung über die Nettoleistung der Industrie 1954.	57
3. Zusatzerhebung zum Industriebericht	
a) Erhebung der Vertriebenenbetriebe und der beschäftigten Vertriebenen	58
b) Wasserversorgung der Industrie	59
c) Erhebung über die Arbeitszeitverhältnisse in der Industrie	59
d) Zusatzerhebung 1957	60
4. Weitere Arbeiten am Industriebericht und am Baubericht	60
5. Handwerkszählung 1956	62
6. Produktionsindex	62

	Seite
7. Statistische Erfassung der Produktion von Rüstungsgütern	63
8. Textilstatistik	63
9. Energiestatistik	63
V. Handels- und Verkehrsstatistik	
1. Außenhandel	64
2. Binnenhandel	
a) Groß- und Einzelhandelsstatistik	65
b) Handels- und Gaststättenzählung	65
3. Verkehr	
a) Systematiken	66
b) Güterbewegungsstatistiken	67
c) Zählung der Gemeindestraßen	67
d) Statistik über Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge	68
e) Statistik der Straßenverkehrsunfälle	68
f) Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs	68
VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik	
1. Preise, Lebenshaltung	
a) Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	69
b) Großhandelsverkaufspreise	69
c) Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	70
d) Ausführpreise	70
e) Baupreise	71
f) Wirtschaftsrechnungen	71
2. Löhne, Gehälter	
a) Laufende Verdiensterhebungen	72
b) Gehalts- und Lohnstrukturerhebung	73
c) Tariflöhne und -gehälter	73
3. Bau- und Wohnungswesen	
a) Wohnungsstatistik 1956/57	74
b) Bautätigkeitsstatistik	75
c) Wohnraumvergaben	76

4. Sozialstatistik

a) Öffentliche Fürsorge	76
b) Erhebung der Lager und Lagerinsassen	77
c) Sonstige Sozialstatistiken	77

VII. Finanz- und Steuerstatistik

1. Öffentliche Finanzen

a) Jahresrechnungsstatistik von Bund, Ländern und Gemeinden	78
b) Statistik des Personalstandes	78
c) Bilanzen und Erfolgsrechnungen der kommunalen Eigenbetriebe für Versorgung und Verkehr	78

2. Steuern

a) Gewerbesteuerstatistik	79
b) Einkommen- und Lohnsteuerstatistiken	79
c) Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik 1953	80
d) Statistik der Schadensfeststellung im Lastenausgleich	80
e) Umsatzsteuerstatistik	81

3. Kapitalmarkt und Bilanzen

a) Statistik der Zahlungsschwierigkeiten	81
b) Statistik der Hypothekenbewegung	81
c) Bilanzstatistik	82

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

1. Bevölkerungsstand und -entwicklung	82
2. Wanderungen	83
3. Erwerbsleben	84
4. Gesundheitswesen, Sterblichkeit	84
5. Vertriebenenstatistik	86
6. Rechtspflege	86
7. Wahlen	87
8. Schulen und Hochschulen	87
9. Mikrozensus	88

Anhang: Übersicht über den Stand der rechtlichen Fundierung des statistischen Arbeitsprogramms (zu Teil A Abschnitt I)

Vorbemerkung

Die 4. Tagung des Statistischen Beirats Mitte März 1957 findet fast genau ein Jahr nach der Einweihung des neuen Gebäudes des Statistischen Bundesamtes statt, die mit der Beiratssitzung im März 1956 verbunden war. Der hiermit vorgelegte Bericht umfaßt also die Arbeiten des Jahres 1956 und in der Hauptsache die noch laufenden und die für die nähere Zukunft geplanten Statistiken. Bei der Abfassung eines neuen Jahresberichtes liegt es nahe, anhand des letzten Berichtes zu überprüfen, was von den damals geäußerten Hoffnungen und Plänen verwirklicht werden konnte. Es zeigt sich dabei, daß im Leben einer Behörde ein Jahr doch ein verhältnismäßig kurzer Zeitraum ist und daß viele Dinge sich sehr viel langsamer entwickeln als man gehofft hat, auch wenn der Arbeitseifer bei allen Mitarbeitern und in allen Abteilungen des Hauses keineswegs nachgelassen hat. Die Arbeit im neuen Gebäude, das sich als sehr zweckmäßig erweist, hat zweifellos die Arbeitsfreude gestärkt.

Der diesjährige Bericht schließt sich in seinem äußeren Aufbau dem vorjährigen Bericht an. Er gibt also wiederum einen Überblick über wichtige Fragen, über die wir den Beirat zu informieren wünschen und bei deren Lösung uns an der Meinung des Beirates gelegen ist. Die umfangreichen, regelmäßig fortlaufenden Arbeiten des Amtes, bei denen keine besonders gewichtigen neuen Probleme aufgetaucht sind, werden also wiederum nicht erwähnt, sie sollten aber keineswegs vergessen werden.

Fast alle grundsätzlichen Fragen, die schon im Vorjahresbericht angeschnitten wurden, stehen auch heute noch zur Diskussion. Ein besonderer Abschnitt des allgemeinen Teiles unterrichtet über die Fortschritte und den Stand der Rechtsgrundlagen. Das mit dem Statistischen Gesetz eingeführte Prinzip, daß jede Statistik ein Gesetz oder eine Rechtsverordnung braucht und daß die Rechtsverordnungen auf 3 Jahre befristet sind, hat zur Folge, daß den gesetzgebenden Instanzen und den vorgeschalteten Ausschüssen laufend Entwürfe zur Anordnung von Statistiken vorgelegt werden müssen. Die Zahl der Gesetze und Verordnungen steht dabei in keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Veränderung des statistischen Programms, denn in der Mehrzahl

dieser Rechtsvorschriften wird ein seit langer Zeit durchgeführtes statistisches Programm nur erneut festgelegt. In der Öffentlichkeit und auch im Parlament entsteht jedoch allzu leicht der irrtümliche Eindruck, daß eine Unzahl neuer Statistiken angeordnet wird.

Auch im Hinblick auf die stets geforderte Verwaltungsvereinfachung sollten u.E. Wege gesucht werden, die zur Einschränkung in der Zahl der Rechtsvorschriften führen. Dies könnte durch eine Ausdehnung der Laufzeit der Rechtsverordnungen geschehen oder dadurch erreicht werden, daß man das laufende statistische Programm möglichst unbefristet anordnet und der Exekutive etwas größere Freiheit in der Anpassung des Programms an die Notwendigkeiten des Tages gibt. Die nunmehr beginnende Erneuerung der ersten auslaufenden Rechtsverordnungen wird mit ziemlicher Sicherheit zeigen, daß die Statistiken doch wieder im alten Umfange neu angeordnet werden; bei neuer Verhandlung ist viel eher damit zu rechnen, daß die unerfüllten Wünsche einzelner Stellen zur Ausdehnung des Programms wieder vorgebracht werden. Der ursprüngliche Sinn, die Rechtsverordnungen zeitlich zu begrenzen, ging von dem umgekehrten Gedanken aus, bei dieser Gelegenheit nicht mehr notwendige Statistiken wegfällen zu lassen. Die Annahme, daß laufende Statistiken, die nach sorgfältiger Prüfung angeordnet worden sind, in verhältnismäßig kurzer Zeit überflüssig werden, dürfte kaum den Tatsachen entsprechen, und einmalige Statistiken müssen ohnehin stets wieder neu angeordnet werden.

Viele wirtschafts- und sozialpolitische Fragen des letzten Jahres, zu denen das Statistische Bundesamt zur Materiallieferung oder zur gutachtlichen Äußerung herangezogen worden ist - es seien hier nur die Sozialreform und die Rentenreform, die weitere Wirtschaftsentwicklung, die Probleme der Anpassung der Löhne und Renten an die "Produktivität", aber auch die Probleme der Förderung der Wissenschaft u.ä. genannt -, haben immer wieder erwiesen, daß das statistische Instrumentarium zur Durchleuchtung der wirtschaftlichen Vorgänge vielfach noch nicht ausreicht. Die wirtschaftspolitischen und wissenschaftlichen Konsumenten der Statistik drängen immer wieder auf vollständigeres statistisches Material, und das Statistische Bundesamt muß manchen Vorwurf hinnehmen, warum es über

Tatbestände, über die in anderen Ländern statistische Unterlagen erhältlich sind, für die Bundesrepublik nichts aussagen kann. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die Debatten auf der diesjährigen Tagung des Vereins für Sozialpolitik erinnert. Es gibt jedenfalls in der deutschen öffentlichen Meinung über Sinn, Zweck und Notwendigkeit von Statistiken gewisse Diskrepanzen zwischen den Auffassungen einiger an der Anordnung von Statistiken beteiligten Stellen und denjenigen, die die Statistiken für ihre Arbeit verwenden wollen. Leider hat es die Arbeitsüberlastung aller wichtigen Mitarbeiter des Amtes nicht möglich gemacht, in der Öffentlichkeit und in der Presse die Notwendigkeit und die Vorteile der ausreichenden statistischen Durchleuchtung aller wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Tatbestände darzulegen, obgleich es an Wünschen von Seiten führender Tageszeitungen und Fachzeitschriften und des Rundfunks in dieser Richtung nicht gefehlt hat.

Die Hauptmängel im statistischen Bild liegen nach wie vor in der Unvollständigkeit und Mangelhaftigkeit des statistischen Nachweises der Einkommensströme, des Verbrauchs und der Investitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. In Bezug auf die Investitionen und Wirtschaftsbereiche kann nur immer wiederholt werden, daß es unverständlich ist, daß in einer Zeit, in der der Umfang der Investitionen für ein weiteres und ausgeglichenes Wachstum der Wirtschaft entscheidend ist, zur statistischen Durchleuchtung dieser Vorgänge in den einzelnen Wirtschaftszweigen mangels der nötigen Rechtsgrundlagen so wenig getan werden kann.

Als weiteres großes Problem hat sich unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung die Unvollständigkeit der Beschäftigtenstatistiken herausgestellt. Nachdem der Mikrozensus nach vielen Verzögerungen nun endlich Gesetz werden wird, können wir wenigstens auf diesem Gebiete auf eine Verbesserung des statistischen Bildes hoffen. Auch die Fortschritte in der Statistik der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte können in diesem Zusammenhang erwähnt werden.

Über den Stand verschiedener größerer einmaliger und laufender Arbeiten, von denen hier nur die Wohnungszählung, die Handwerkszählung, die Umsatz- und Einkommensteuerstatistiken und der Aufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kurz erwähnt

seien, unterrichten die Berichte der einzelnen Abteilungen.

Im letzten Jahr wurden auch die Vorarbeiten zu den großen Zählungen im Weltzensus-Jahr 1960 stärker in Angriff genommen. Da große Zählungen dieser Art nur alle 10 Jahre stattfinden, müssen die Vorbereitungen dazu benutzt werden, einige grundsätzliche Probleme des Aufbaues der deutschen Statistik zu überprüfen. Hierbei ist insbesondere an die Verwendung einheitlicher Darstellungseinheiten in den verschiedenen Statistiken gedacht und an die damit zusammenhängenden Probleme der Bereichsgliederung und des gesamten Überblickes über alle wirtschaftlichen Tätigkeiten. Wenn es nicht gelingt, bis zum Jahre 1960 hier zu einer größeren Einheitlichkeit der Begriffe zu kommen, muß damit gerechnet werden, daß die heute noch vorhandenen großen Schwierigkeiten des Vergleichs der Ergebnisse der verschiedenen Statistiken untereinander für weitere 10 Jahre bestehen bleiben. Diesen Problemen soll daher ein voller Tag der Beiratssitzung gewidmet werden. Die Gedanken des Amtes zu diesen Fragen sind nicht in diesem Bericht, sondern in einer besonderen Verhandlungsunterlage dargelegt worden¹⁾.

Die Bemühungen des Amtes, ohne neue statistische Erhebungen nur auf dem Wege einer verbesserten oder vollständigeren Aufbereitung des an sich vorhandenen Materials zu einer besseren Durchleuchtung der wirtschaftlichen und sozialen Tatbestände zu kommen, und die Ergebnisse aus verschiedenen statistischen Quellen untereinander besser vergleichbar zu machen, haben nur langsame Fortschritte zu verzeichnen. Hierzu gehören die Arbeiten an einheitlichen systematischen Nachweisungen, besonders bei der Gliederung von Waren und Betrieben. Versuche, das vorhandene Material gelegentlich auch unter zusätzlichen Gesichtspunkten aufbereiten zu lassen, scheitern meist an der Arbeitsbelastung und der dadurch hervorgerufenen mangelnden Beweglichkeit der Landesämter. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Aufbereitung der Daten der Industrieberichterstattung getrennt für die Aktiengesellschaften würde gute Kombinationen mit der Bilanzstatistik erlauben.

1) Siehe Dr. Gerhard Fürst und Mitarbeiter "Gedanken zum Zählungsprogramm 1960", Wirtschaft und Statistik, 8.Jg. N.F., Heft 12, Dezember 1956

A. Allgemeiner Teil

=====

I. Organisations- und Rechtsfragen der Bundesstatistik

1. Angleichung der Statistik im Saarland an die Bundesstatistik

Im Zusammenhang mit der staatsrechtlichen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik am 1. Januar 1957 ist gemeinsam mit dem Statistischen Amt des Saarlandes überlegt worden, in welcher Weise die saarländischen Statistiken an das Programm der Bundesstatistik angeglichen werden können. Dabei waren die sachlichen Voraussetzungen und organisatorischen Möglichkeiten der Angleichung unter Berücksichtigung der durch den Saarvertrag geschaffenen Rechtssituation zu prüfen. Da das Saarland für eine - auf höchstens drei Jahre befristete - Übergangszeit weiterhin zum französischen Währungs- und Zollgebiet gehört und außerdem auf verschiedenen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens vorläufig noch eine Sonderstellung einnimmt, kann vor allem im Bereich der Wirtschaftsstatistiken nur eine schrittweise Angleichung vorgenommen werden. Dies gilt einmal für die Außenhandelsstatistik und zum anderen für alle Feststellungen, die mit den Währungsverhältnissen zusammenhängen, da die in Wertangaben auszu-drückenden Ergebnisse erst mit der Übernahme der deutschen Währung in vollem Umfang mit den Bundesergebnissen vergleich- und addierbar werden. Bei der Bevölkerungs- und Kulturstatistik ist dagegen bereits eine weitgehende Übereinstimmung der statistischen Programme vorhanden. Trotz der vorerst noch bestehenden Schwierigkeiten wird jedoch in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt des Saarlandes versucht werden, in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts im zunehmenden Maße Angaben für das Saarland auszuweisen, auch wenn die saarländischen Zahlen in vielen Fällen zunächst noch nicht voll in das Bundesergebnis einbezogen werden können (siehe Teil B Abschnitt I 5).

Den materiellen und rechtlichen Voraussetzungen wird bei der Erstreckung der bisherigen Rechtsgrundlagen auf das

Saarland Rechnung getragen werden müssen. Hierzu bedarf es jedoch zunächst der Überleitung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke. Bei der Anordnung neuer Statistiken wird in die Rechtsgrundlage ggf. eine entsprechende Saarklausel aufzunehmen sein.

2. Stand der Schaffung von Rechtsgrundlagen

Am 24. September 1957 läuft die Frist ab, bis zu der nach § 16 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke - und der durch Änderungsgesetz zum StatGes vom 8. August 1955 festgelegten Verlängerung der Übergangszeit - für die einzelnen laufenden Bundesstatistiken Rechtsgrundlagen geschaffen sein müssen, die den Vorschriften des StatGes entsprechen. Wegen des im Sommer bzw. Frühherbst bevorstehenden Abschlusses der Legislaturperiode läuft praktisch die obengenannte Frist im übrigen nicht erst im September, sondern spätestens im Juni oder Juli ab, da nach diesen Monaten wohl kaum noch mit der Verabschiedung von Gesetzen für die Bundesstatistik zu rechnen ist. Die Schaffung von Rechtsgrundlagen ist daher zur Zeit ein aktuelles und dringendes Anliegen. Seit der Beiratstagung im März 1956 sind einige Gesetze und Verordnungen verabschiedet und verkündet worden; einige weitere Rechtsgrundlagen werden zur Zeit von den gesetzgebenden Körperschaften beraten (siehe Anhang). Trotz allem sind jedoch nach dem Stand von Anfang März 1957 die folgenden wichtigen Gesetzentwürfe noch immer nicht dem Bundestag und Bundesrat zugeleitet worden:

- Gesetz über Bodenbenutzungserhebung und Erntebereichterstattung,
- Gesetz über die Statistik der Güterbewegung auf den öffentlichen Eisenbahnen,
- Gesetz über die Preisstatistik,
- Gesetz über die Wirtschaftsrechnungen,
- Gesetz über die Finanzstatistik.

Diese Gesetzentwürfe konnten bisher, obwohl sie bei den zuständigen Fachressorts zum Teil schon seit längerer Zeit vorliegen, wegen der Länge der vorparlamentarischen Ausschußprozedur und aus anderen Gründen noch nicht von der Bundesregierung beraten und beschlossen werden. Es bleibt abzuwarten, ob der Bundestag die Gesetzentwürfe noch zur Beratung und Verabschiedung in der jetzigen Legislaturpe-

riode annimmt. Falls sich hier Schwierigkeiten ergeben, müßte die Übergangsfrist nach § 16 StatGes nochmals durch ein Ergänzungsgesetz zum StatGes verlängert werden. Keinesfalls darf für eine Reihe wichtiger Statistiken von September 1957 ab jede Rechtsgrundlage fehlen. Die Folge wären nicht nur ernsthafte Gefahren für die Statistischen Ämter bei den Haushaltsberatungen, sondern nach den Erfahrungen der letzten Zeit auch in zunehmendem Maße Widerstände bei den auskunftspflichtigen Firmen- und sonstigen Befragten. Eine Ausnahme wären evtl. die Wirtschaftsrechnungen, da hier nur freiwillige Mitarbeit von Haushaltungen in Betracht kommt und auch die Bereitstellung der erforderlichen Mittel bei den Statistischen Ämtern für kurze Zeit kaum gefährdet wäre.

Etwas weniger problematisch ist die rechtzeitige Verabschiedung der restlichen Rechtsverordnungen, da hier nur die Bundesregierung und der Bundesrat beteiligt sind. Allerdings ist die Zahl der Rechtsverordnungen, die z.Z. noch ausstehen, wie die Anlage zeigt, nicht unbeträchtlich. Es handelt sich fast ausschließlich um die Legalisierung von Statistiken aus dem Bereich des Wirtschafts- und des Verkehrsministeriums. Auf die Problematik der auf 3 Jahre begrenzten Geltungsdauer von Rechtsverordnungen gemäß § 6 StatGes wird im folgenden in Zusammenhang mit einigen kritischen Hinweisen auf Bestimmungen des StatGes eingegangen.

3. Kritische Bemerkungen zum StatGes

Die Anwendung des StatGes seit September 1953, d.h. seit etwa 3 1/2 Jahren, hat gezeigt, daß einige Bestimmungen des Gesetzes für die praktische Arbeit unzweckmäßig sind und daß einige Lücken vorhanden sind, die sich für die amtliche Statistik ebenfalls als Erschwerung auswirken. Es ist daher schon mehrfach der Plan erörtert worden, durch ein Ergänzungsgesetz zum StatGes die nötigen Anpassungen an die Erfordernisse vorzunehmen bzw. die aufgetretenen Lücken zu schließen. Auf einige der problematischen Punkte ist im folgenden hingewiesen:

a) Beschränkung von Rechtsverordnungen gemäß § 6, Abs.2

Nach § 6, Abs.2 StatGes können Statistiken durch Rechtsverordnungen mit einer Geltungsdauer von nur drei Jahren

angeordnet werden, wenn vor allem die Kosten unter 500 000 DM liegen. Diese Begrenzung ist seinerzeit aus verfassungsrechtlichen Gründen gewählt worden, da nach Art. 80 GG die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach Inhalt, Zweck und Umfang festgelegt sein muß. In der Praxis ist aber die enge zeitliche Geltungsdauer sehr problematisch, da bei laufenden Statistiken, für die eine Rechtsverordnung ausreicht, alle 3 Jahre erneut eine Verordnung geschaffen werden muß. Bei der Länge der Ausschußprozedur bedeutet dies, daß etwa 1 bis 1 1/2 Jahre nach Erlaß einer Rechtsverordnung bereits die neue Verordnung vorbereitet werden muß. Die letzten Jahre haben gezeigt, welche Arbeits- und Kostenbelastung diese praktisch nie abreißende Kette von Verordnungsprozeduren bedeutet. Falls aus verfassungsrechtlichen Gründen die zeitliche Begrenzung nicht ganz aufgehoben werden kann, sollte die Geltungsdauer zumindest auf 5 Jahre verlängert werden. Auch die Begrenzung der Kosten auf 500 000 DM sollte überprüft werden. Da die Kosten in zunehmendem Maße auch die Kosten in Berlin und im Saarland einschließen müssen und in den letzten Jahren Personal- und Sachkosten ständig gestiegen sind, bedeutet eine absolut festgelegte Kostengrenze praktisch eine vom Gesetzgeber nicht beabsichtigte zunehmende Einschränkung der Voraussetzung für eine Rechtsverordnung; es zeigt sich damit die Problematik jeder Festlegung von absoluten Kostengrenzen im Gesetz. Falls auch diese Abgrenzung grundsätzlich erhalten bleiben muß, sollte zumindest die Grenze auf 750 000 oder 1 000 000 DM heraufgesetzt werden.

b) Rechtsgrundlagen für freiwillige Statistiken

Bereits bei der letzten Beiratstagung ist erörtert worden, daß die Aktualität und Elastizität der amtlichen Statistik durch den Zwang, in jedem Fall eine Rechtsgrundlage zu schaffen, ernstlich beeinträchtigt werden. Das letzte Jahr hat neue Beispiele für diesen Mangel an Beweglichkeit gebracht, der dazu führt, daß öffentliche Mittel eingesetzt werden, um Statistiken über andere,

nicht an die Vorschriften des StatGes gebundene Stellen zu gewinnen. Der Beirat hatte bei seiner letzten Beratung zum Ausdruck gebracht, daß angestrebt werden sollte, die für die Praxis der Bundesstatistik erforderlichen Voraussetzungen durch eine nicht allzu strenge, aber vernünftige Interpretation des StatGes zu schaffen. Dieser Weg ist jedoch kaum gangbar, denn von den zuständigen Bundesressorts wird an der Auffassung festgehalten, daß nach der gegenwärtigen Rechtslage auch bei freiwilligen Befragungen eine Rechtsgrundlage vorhanden sein muß. Es wäre also nach Auffassung des Statistischen Bundesamtes erneut zu diskutieren, ob unter diesen Umständen nicht doch durch ein Ergänzungsgesetz diese Rechtslage geändert und die Durchführung freiwilliger Statistiken in bestimmten Grenzen für zulässig erklärt werden sollte.

II. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen
 =====
Organisationen und Ausschüssen
 =====

1. Interministerieller Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Bilanzen" und damit zusammenhängende Arbeiten

Im Mittelpunkt der Arbeiten dieses vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes geleiteten Arbeitskreises beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit stand wie im Vorjahr die Vorausschätzung der Entwicklung des Sozialprodukts für den deutschen Beitrag zum Jahresbericht des Europäischen Wirtschaftsrates. In diesem Zusammenhang ist auch ein von Wirtschaftssachverständigen des Europäischen Wirtschaftsrates ausgearbeiteter Fragebogen über die voraussichtliche Wirtschaftsentwicklung in den Mitgliedsländern in einem längeren Zeitraum (bis 1960) behandelt worden. Ferner wurde die von der Montan-Union unter Mitwirkung von Vertretern der Mitgliedsländer durchgeführte Vorausschätzung des Sozialprodukts bis 1965 diskutiert. Aus diesen und anderen Anlässen wurden in dem Arbeitskreis wiederholt die theoretischen und praktischen Möglichkeiten von langfristigen Vorausschätzungen des Sozialprodukts erörtert.

2. Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung (AWV)

Dieser im Rahmen des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) arbeitende Fachausschuß ist im Jahre 1956 gebildet worden. Er hat die Aufgabe, sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Automatisierung in der gesamten Verwaltung zu befassen und vor allem Ergebnisse für die praktische Anwendung zu erarbeiten. In dem Ausschuß wirken neben den Bundesministerien, der Industrie, Banken und Versicherungen auch Angehörige des Statistischen Bundesamtes mit. In den ersten Tagungen wurde über den Aufbau von elektronischen Rechenanlagen und über die Möglichkeiten beraten, die die elektronischen Maschinen auf dem Gebiet der Verwaltungsarbeit bieten (siehe hierzu auch Teil B Abschnitt I 4). Eine Übersicht über die auf dem Markt befindlichen elektronischen Maschinen wird ausgearbeitet werden.

Bisher liegen Erfahrungsberichte über den Stand der Automatisierung bei der Deutschen Bundesbahn, bei dem Post- und Fernmeldedienst, bei der Deutschen Bundespost, beim Statistischen Bundesamt und in einigen Wirtschaftszweigen vor.

3. Bundesausschuß Betriebswirtschaft

Der in ständiger Verbindung mit der betriebswirtschaftlichen Abteilung beim Rationalisierungs-Kuratorium arbeitende Bundesausschuß Betriebswirtschaft hielt im vergangenen Jahr drei Vollsitzungen ab; außerdem befaßte sich eine Reihe von Unterausschüssen mit speziellen betriebswirtschaftlichen Fragen (Abschreibungen, Gewinnermittlung, Liquidität, Begriffsbestimmungen, Betriebsvergleiche und Kennzahlen).

Die Diskussionen innerhalb des Ausschusses dienen dem Meinungsaustausch über aktuelle Themen, die Entscheidungen mit wirtschaftspolitischer Tragweite verlangen und der gutachtlichen Klärung von Begriffen betriebswirtschaftlicher Art, die in Gesetzen verwendet werden sollen oder verwendet worden sind. Im Mittelpunkt solcher Diskussionen stehen gegenwärtig die Begriffe der Wirtschaftlichkeit, der Rentabilität sowie der sog. "Produktivität", der im Zusammenhang mit der Lohnpolitik und der Rentenreform eine besondere Bedeutung zukommt. Das Statistische Bundesamt lieferte einen Beitrag zur Klärung der Produktivitätsbegriffe im Zusammenhang

mit der Lohnpolitik und hat im übrigen Arbeiten zum Thema "Abschreibungen in volkswirtschaftlicher Sicht" übernommen.

4. Deutscher Normenausschuß (DNA)

Die Arbeit des Statistischen Bundesamtes in den beiden Unterausschüssen des Arbeitsausschusses "Statistik" des DNA, die sich im abgelaufenen Jahr noch intensiviert hat, ist darauf gerichtet, aufgrund der praktischen Erfahrungen des Amtes an der Aufstellung von Richtlinien für normierbare Fragen der Arbeitstechnik mitzuwirken. Auf einer Sitzung des Arbeitsausschusses im März 1956 in Bad Nauheim wurde die Bearbeitung der Aufgaben "Gestaltung von Erhebungsvordrucken" und "Grundbegriffe der Statistik" dem Statistischen Bundesamt übertragen. Die Arbeiten am Normblatt "Gestaltung statistischer Tabellen" stehen kurz vor dem Abschluß.

Der aus Mitarbeitern der Unterausschüsse "Technik der Statistik" und "Mathematische Statistik" gebildete Arbeitskreis, der die "Genauigkeit statistischer Größen" behandelt, hat in Bad Nauheim die Aufteilung dieser komplexen Normvorlage in 5 Teilaufgaben beschlossen. An dem Einleitungsblatt "Genauigkeit statistischer Größen, Grundbegriffe" und der Teilaufgabe "Mittelwert und Streuung" ist das Statistische Bundesamt beteiligt.

Die deutsche Übersetzung zu dem von Kendall-Buckland im Auftrag des Internationalen Statistischen Institutes herausgegebenen "Dictionary of Statistical Terms" wurde abgeschlossen. Angehörige des Statistischen Bundesamtes haben ferner an den Empfehlungen der ISO (International Organization for Standardization) über die "Statistische Bearbeitung von Beobachtungsreihen" mitgearbeitet (Vorlagen über die Terminologie in ISO-Norm und über die dabei verwendeten mathematischen Symbole).

5. Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute

Der vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes geleitete Arbeitskreis "Erörterung des statistischen Instrumentariums für die allgemeine Wirtschaftsbeobachtung" trat im vergangenen Jahr dreimal zusammen. Das Hauptthema der Apriltagung bildeten die Statistiken für die kurzfristige Wirtschafts-

beobachtung und das vom Statistischen Bundesamt für die Konferenz Europäischer Statistiker angefertigte Memorandum über kurzfristige Statistiken für die laufende Wirtschaftsbeobachtung in der Bundesrepublik. Es war zu klären, welche Statistiken für die Arbeit der Institute von besonderem Wert sind und welche statistischen Mängel die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung besonders beeinträchtigen. Erörtert wurden außerdem Fragen der begrifflichen Abgrenzung und Messung der volkswirtschaftlichen Produktivität.

Auf der Novembertagung stand die deutsche Finanzstatistik als Mittel der Wirtschaftsbeobachtung zur Diskussion. Die zweckmäßigste Form der Haushaltsabschlüsse (also eine Frage, die über die statistische Aufgabe zum Teil hinausgeht) wurde eingehend diskutiert. Die vom Bundesamt vorgetragenen Pläne zur schrittweisen Verbesserung und Beschleunigung der Finanzstatistik wurden gutgeheißen, neue und durchführbare Anregungen ergaben sich kaum. Ferner standen die Auftrags-
eingangsstatistik und die damit verbundenen Saisonprobleme zur Diskussion. Der Meinungs-austausch über die zuletzt genannten Probleme mündete ganz allgemein in die Fragestellung, ob und inwieweit es möglich und sinnvoll sei, im Rahmen der amtlichen Statistik sog. saisonbereinigte Reihen zu berechnen und zu veröffentlichen.

Diese Frage bildete dann auch das ausschließliche Thema der Sitzung im Februar 1957. Als Besprechungsunterlage diente das vom Statistischen Bundesamt für die Konferenz Europäischer Statistiker entworfene Memorandum über jahreszeitliche und andere wiederkehrende Einflüsse auf den Wirtschaftsablauf. Behandelt wurden die Probleme der Ausschaltung der Unregelmäßigkeiten des Kalenders, insbesondere die sog. "arbeitstäglichen" Berechnungen, und die Ausschaltung rhythmischer Schwankungen (siehe auch Teil A, Abschnitt III 2 b).

III. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an internationalen
===== Organisations und Tagungen =====
=====

1. Allgemeine Bemerkung

Alle Statistiken, soweit sie für die Beurteilung internationaler wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme von Bedeutung sind und damit zur Lösung wichtiger internationaler Fragen beitragen können, werden heute zu ihrer einheitlichen Ausrichtung und Vergleichbarkeit von zahlreichen internationalen Organisationen bearbeitet. Die internationale statistische Tätigkeit erstreckt sich auf nahezu alle Fachgebiete der amtlichen Statistik. Das in diese Arbeiten eingeschaltete Statistische Bundesamt hat in der Veröffentlichungsreihe "Allgemeine Statistik des Auslandes" eine zusammenfassende Darstellung der mannigfaltigen Beziehungen zu geben versucht, die das gegenwärtige System der internationalen Statistik bestimmen (Heft 1: Weltorganisationen, Heft 2: Regionale Organisationen). Die Veröffentlichung läßt zugleich die vielfältigen Beziehungen erkennen, in die das für die amtliche deutsche Statistik verantwortliche Statistische Bundesamt verflochten ist. Diese Mitarbeit bei den internationalen Organisationen bedeutet für das Statistische Bundesamt eine erhebliche zusätzliche Arbeitsbelastung. Das zeigt sich bereits an den mehr als 50 Arbeitstagen internationaler Stellen, die das Statistische Bundesamt neben den zahlreichen Versammlungen deutscher statistischer Arbeitskreise im vergangenen Jahr wahrzunehmen hatte. An der Spitze stand wieder (mit mehr als 20 Tagungen) die Montan-Union. Ihr folgen die Konferenz Europäischer Statistiker, die infolge ihres umfangreichen und vielgestaltiger gewordenen Arbeitsprogramms die Zahl der Tagungen, die meist jeweils eine ganze Woche in Anspruch nahmen, auf 9 erhöhte, sowie die ECE und die OEEC mit je 7 Sitzungen von Fachausschüssen, bei denen das Statistische Bundesamt vertreten war.

Im folgenden wird nur über die Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes an den auf Tagungen behandelten Fragen und an einigen wichtigeren internationalen Projekten kurz berichtet. Daß darüber hinaus viel Zeit und Arbeit auf die Bereitstellung von Zahlenmaterial für die internationalen Organi-

sationen und auf die Beantwortung von Anfragen statistisch-methodischer Art zu verwenden war, soll hier nur angedeutet werden. Das Statistische Bundesamt hat z.B. regelmäßig statistisches Material zu liefern an das Statistische Amt der UN (für Monthly Bulletin of Statistics, Statistical Yearbook, Demographic Yearbook; Berichterstattung über Repräsentativerhebungen; Lieferung von Lochkarten und Hollerith-Tabellen für spezielle Zusammenstellungen der Außenhandelszahlen), an die ECE (über Produktion und Verbrauch von Eisenerz, Roheisen und Rohstahl, Produktion von Stahlwalzwerk-Fertigerzeugnissen, Schrott- und Stahllieferungen, Ein- und Ausfuhr an Eisen und Stahl), an die OEEC (Zahlenmaterial für die verschiedenen Statistical Bulletins und für den Jahresbericht der OEEC), an die Montan-Union (Beantwortung von mehr als 50 Fragebogen über Erzeugung, Verbrauch, Lieferungen von Eisen- und Stahlerzeugnissen, Beschäftigung, Löhne; spezielle Zusammenstellungen über den Außenhandel), an die ILO (für International Labour Review und International Yearbook of Labour Statistics), an die FAO (spezielle Zusammenstellungen über den Außenhandel mit land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen, Zahlen für Yearbook of Fishery Statistics), an die WHO (für internationale Statistik der Todesursachen, meldepflichtigen Krankheiten und Krankenanstalten) und an die UNESCO (Material aus der Schul- und Hochschulstatistik).

2. Konferenz Europäischer Statistiker

Die Konferenz Europäischer Statistiker untersucht in enger Zusammenarbeit mit den Weltorganisationen die sich speziell unter europäischen Gesichtspunkten stellenden statistischen Probleme und ist bemüht, die Arbeiten verschiedener internationaler Gremien zu koordinieren, an denen die zentralen Statistischen Ämter der europäischen Länder beteiligt sind. Die damit verbundene rechtzeitige Einschaltung der Statistischen Ämter in die statistisch-methodische Diskussion der auf sie zukommenden Arbeiten und die sich aus der Koordinierung ergebende Arbeitserleichterung liegt im Interesse aller europäischen Länder. Den Arbeiten der Konferenz wird deshalb auch besondere Bedeutung beigemessen.

An den Arbeiten des Jahres 1956 haben zum ersten Male Vertreter aller europäischen Länder teilgenommen, zu denen noch Delegierte der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion traten. Seit der Gründung der Konferenz, an der im Anfang praktisch nur die auch in der OEEC (Paris) zusammengeschlossenen westlichen Länder teilgenommen hatten, sind also durch das Hinzukommen der Ostblockstaaten und durch die Teilnahme Spaniens und Portugals in der geographischen Wirksamkeit der Arbeiten erhebliche Fortschritte erzielt worden.

Der Bericht über die letzte (vierte) Vollsitzung der Konferenz enthält eine Darstellung der Konferenzarbeit im vergangenen Jahr; er ist wegen seiner Bedeutung für die Entwicklung der amtlichen Statistik übersetzt und diesem Bericht als Anlage beigelegt. Die wichtigsten Themen - die Vorbereitung der großen Zählungen im Zensusjahr 1960, die Fortführung der Arbeiten auf dem Gebiet der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der allgemeinen, kurzfristigen Wirtschaftsbeobachtung - sowie die sonstigen Arbeiten brauchen deshalb hier nur kurz erläutert zu werden.

a) Vorbereitung der großen Zählungen des Zensusjahres 1960

(1) Volks-, Berufs- und Wohnungszählungen

Die im August 1955 im Rahmen der Konferenz Europäischer Statistiker begonnene Diskussion des internationalen Zählungsprogramms wurde fortgesetzt. Es wurden die von den Vereinten Nationen entworfenen allgemeinen Grundsätze für die Volks- und Wohnungszählungen beraten und den Bedürfnissen und Möglichkeiten der europäischen Länder besser angepaßt. Eine europäische Ausgabe der UN-Grundsätze und Empfehlungen für Volks- und Wohnungszählungen muß im einzelnen noch ausgearbeitet werden. Kleinere Berichterstattegruppen werden sich im Laufe des Jahres 1957 auch mit den noch ungeklärten Fragen der Statistik der Haushaltungen und mit den im Zusammenhang mit den Volks- und Wohnungszählungen durchzuführenden Stichprobenerhebungen befassen. Weitere Untersuchungen sollen auch zu einer besseren Abgrenzung zwischen Stadt- und Landgebieten führen.

Von größerer Bedeutung für den Ausbau des deutschen Volkszählungsprogramms ist die Weiterentwicklung der sog. sozio-ökonomischen Gliederung, einer Kombination aus den Gliederungen der Bevölkerung nach der wirtschaftlichen Tätigkeit, nach dem Beruf und nach der "Stellung im Beruf", die einen tieferen Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bevölkerung ermöglichen soll. Die bisherigen Diskussionen haben gezeigt, daß es sehr schwierig ist, internationale Empfehlungen auf diesem Arbeitsgebiet zu formulieren. Man braucht hier nur an die den Aufbau einer Standard-Systematik erschwerende unterschiedliche Wirtschafts- und Sozialstruktur der östlichen Länder zu denken oder sich die Schwierigkeiten zu vergegenwärtigen, die im Zusammenhang mit der Frage nach dem Einkommen bei der Untergliederung der nicht-erwerbstätigen Personen entstehen. Die Konferenz Europäischer Statistiker wird sich auf ihrer Plenarsitzung im Juni 1957 wieder mit den Problemen der sozio-ökonomischen Gliederung befassen. Bis dahin sollen die einzelnen Statistischen Ämter zu den bisher von der Arbeitsgruppe entworfenen Empfehlungen Stellung nehmen.

Zu dem von der UN als verbindlich angestrebten Frageprogramm für die Volkszählungen im Jahre 1960 gehört auch die Frage nach der Schulbildung. Die UNESCO hatte auf Ersuchen der Konferenz Europäischer Statistiker sich speziell mit den Fragen der Hochschulstatistik und der Statistik der Beschäftigung von Akademikern befaßt; denn die Frage nach dem Bildungsstand ist im Zusammenhang mit den Fragen des Bedarfs und Nachwuchses an akademischen und technischen Arbeitskräften zu sehen. Wenn auch die Schwierigkeiten des internationalen Vergleichs auf diesem Gebiet klar zutage traten, so besteht doch ein allgemeines Interesse, die Frage nach dem Bildungsstand bei den künftigen Volkszählungen zu stellen. Über Form und Inhalt der Frage kann jedoch nur im Rahmen der nationalen Schul- und Ausbildungssysteme entschieden werden. Ein Erfahrungsaustausch über die verschiedenen statistischen Methoden und Verfahren zur Ermittlung des Bildungsstandes wird in die Wege geleitet.

(2) Allgemeine und besondere Betriebszählungen

In einer Reihe von europäischen Ländern sind seit jeher mit den allgemeinen Volkszählungen auch allgemeine Betriebszählungen oder Arbeitsstättenzählungen durchgeführt worden, die sich meist in einer Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe einerseits und der übrigen Arbeitsstätten, vor allem gewerblicher Art, andererseits gliedern. Dieses Verfahren ist jedoch nicht allgemein üblich, da in einigen, besonders angelsächsischen Ländern, die Betriebszählungen auf einzelne Bereiche beschränkt worden sind (census of agriculture, census of production / manufactures, census of distribution). Eine besondere Arbeitsgruppe der Konferenz wird sich im März 1957 mit den Fragen einer allgemeinen Arbeitsstättenzählung befassen. Dabei sollen die Erfahrungen über die Vor- und Nachteile einer allgemeinen Arbeitsstättenzählung mit einem örtlichen Zählerapparat gegenüber den Vor- und Nachteilen von Zählungen einzelner Bereiche anhand andersgearteter Erhebungsunterlagen diskutiert werden. Die allgemeinen Probleme der Bereichsabgrenzung, die mit den Fragen der internationalen Standard-Klassifikationen aller wirtschaftlichen Tätigkeiten und mit der Frage der zu wählenden Erhebungs- und Darstellungseinheit (Unternehmen, örtliche Niederlassung, technische Einheit) zusammenhängen, sollen ebenfalls diskutiert werden. Es hat sich bei früheren Arbeiten der Konferenz gezeigt, daß die Abgrenzung der einzelnen Sektoren oder Bereiche gegeneinander nicht beliebig von einem einzelnen Bereich her gelöst werden kann, sondern daß im Hinblick auf die Zusammenfassung des statistischen Materials zu Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einheitliche und konsequent durchgeführte Begriffsbildungen und Abgrenzungen erforderlich sind.

(3) Landwirtschaftszählung

Die Konferenz hatte die FAO gebeten, eine Arbeitsgruppe einzuberufen, die die europäischen Probleme des Landwirtschaftszensus 1960 und der damit eng verbundenen landwirtschaftlichen Stichprobenerhebungen erörtern sollte. Die Vertreter dieser Arbeitsgruppe, die im Dezember 1956 in Rom zusammenkamen, neigten überwiegend dazu, den

Agrarzensus in eine umfassende Grunderhebung und anschließende Nacherhebung für Einzelgebiete zu teilen. Die Grunderhebung soll als totale Zählung auf solche Fragen beschränkt werden, die für die Betriebsstruktur und die Produktionsgrundlagen bezeichnend oder als Basiszahlen für laufende Erhebungen und Nacherhebungen notwendig sind. Dagegen sollten alle anderen Erhebungsgegenstände, insbesondere wenn sie Spezialbetriebe betreffen, durch Nacherhebungen auf Stichprobenbasis ermittelt werden.

Der Fragenkatalog umfaßt wie 1950 ein obligatorisches Minimalprogramm, das auch alle innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bedeutsamen Fragen enthält, und ein erweitertes fakultatives Programm.

Die Definitionen für die landwirtschaftliche Bevölkerung und wichtige Gruppen der Arbeitskräfte wurden mit den von anderen internationalen Arbeitsgruppen festgesetzten Begriffen koordiniert. Die Frage, ob die Beschäftigung in der Landwirtschaft ermittelt werden sollte, wenn entsprechende Feststellungen in einer Volkszählung erfolgen, wurde dahin beantwortet, daß die Beschäftigung als wichtiges Strukturmaterial der Betriebe anzusehen sei, auf dessen Ermittlung im Zusammenhang mit anderen Daten des Agrarzensus nicht verzichtet werden kann.

Für zahlreiche Erhebungsgegenstände wurden einheitliche Definitionen gefunden und Richtlinien für die Erhebung und Auswertung (Klassifizierung) vereinbart. Über eine Reihe von Einzelfragen muß noch weiter beraten werden.

(4) Handelszensus

Im Hinblick auf die Vorbereitung eines deutschen Handelszensus (siehe hierzu Teil B Abschnitt V 2) ist das von einer Sachverständigengruppe der UN ausgearbeitete und aufgrund von Vorschlägen einer Arbeitsgruppe der Konferenz Europäischer Statistiker den europäischen Verhältnissen besser angepaßte Erhebungsprogramm für die Binnenhandelsstatistik von Bedeutung, auch wenn die Arbeiten auf diesem Gebiet noch nicht abgeschlossen sind. Zu den künftigen Arbeiten gehören neben der Abgrenzung zwischen Groß- und Einzelhandel einerseits und den übrigen Wirtschaftssektoren andererseits insbesondere die Unterglie-

derung des Groß- und Einzelhandels nach Branchen. Beides wird im Zusammenhang mit der bereits von den Vereinten Nationen ins Auge gefaßten Überarbeitung der Internationalen Gewerbesystematik (ISIC), die besonders für die Erhebung auf dem Gebiet des Binnenhandels eine noch unzureichende Grundlage bildet, und möglicherweise im Zusammenhang mit den im Abschnitt "Allgemeine und besondere Betriebszählungen" angeschnittenen Problemen der Bereichsgliederung in Angriff genommen werden.

(5) Koordinierung der einzelnen Zählungen

Bei den vorstehend genannten Zählungen treten zahlreiche gemeinsame Probleme der Zählungsorganisation und der Erfassung gleicher oder verwandter Tatbestände in den einzelnen Zählungsbereichen auf. Dies gilt besonders für die Erfassung der Erwerbstätigkeit und der Beschäftigten durch eine Befragung der Personen und Haushalte im Rahmen der Volks- und Berufszählung und durch eine Frage nach den in den Betrieben und Arbeitsstätten beschäftigten Personen bei den Betriebszählungen. Einheitlichkeit und zumindest gegenseitige Abstimmung der Klassifikationsgrundsätze wären hier ebenfalls wichtig. Die Konferenz ernannte daher einen Berichterstatter, der bis zur Plenarsitzung im Jahre 1957 einen zusammenfassenden Bericht über die Koordinierung der verschiedenen Zählungsteile ausarbeiten soll.

b) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und kurzfristige allgemeine Wirtschaftsbeobachtung

(1) Kapitalbildung und Kapitalverschleiß

Der Bericht über die Statistik der Kapitalbildung und des Kapitalverschleißes wurde - soweit er die Probleme der Investitionsstatistik behandelt - vorläufig abgeschlossen. Die Abgrenzung der Investition gegenüber der laufenden Instandhaltung und das Problem der Einbeziehung der letzteren in das Sozialprodukt (das sog. "Gross-Gross-Concept" der Skandinavischen Länder gegenüber dem "Gross-Concept" der übrigen Länder) soll durch eine Gegenüberstellung der für und gegen die verschiedenen Auffassungen sprechenden Argumente weiter verfolgt werden.

Die in allen Ländern noch problematische Statistik des Kapitalverschleißes (Abschreibungen) ist auf einer Tagung im März 1956 zum ersten Male eingehender behandelt worden, ohne daß dabei eine Einigung über eine einheitliche, für alle Länder gültige Definition des "Kapitalverschleißes" erreicht werden konnte. Diskutiert wurde das Verhältnis des "normalen Kapitalverschleißes" zu den außerordentlichen "Kapitalverlusten" an Anlagen und die davon ausgehenden Wirkungen auf das Volksvermögenskonto. Auch eine einheitliche Abgrenzung der Anlagen, für die ein Kapitalverschleiß ermittelt werden soll, also das Gegenstück zum Meinungsstreit um das sog. "Gross-Gross-Concept" versus "Gross-Concept" bei der Kapitalbildung, bietet erhebliche Schwierigkeiten. Die Fragen der technischen und wirtschaftlichen Lebensdauer der Anlagegüter und damit im Zusammenhang die zeitliche Verteilung der Abschreibungen (proportional oder degressiv) konnte ebenfalls nur diskutiert, aber nicht geklärt werden. Auch die Behandlung von Schadensfällen wirft bei einer volkswirtschaftlichen Darstellung andere Probleme auf als bei der betriebswirtschaftlichen Buchführung. Übereinstimmung wurde erzielt, daß Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet werden sollen.

Ein Erfahrungsaustausch über die verschiedenen Berechnungsmethoden der Abschreibungen zeigte die enge Abhängigkeit der angewandten Methoden von den in den einzelnen Ländern vorhandenen statistischen Unterlagen. Die sich daraus ergebenden Verschiedenheiten in der statistischen Methodik dürften von erheblichem Einfluß auf die bisher auch in den Internationalen Veröffentlichungen nachgewiesene Höhe der Investitionsraten in den einzelnen Volkswirtschaften sein.

Die Frage des Kapitalverschleißes soll zunächst durch zu benennende Berichterstatter einzelner Länder weiter geklärt werden. Eine Sitzung der gesamten Arbeitsgruppe ist für Mai 1957 vorgesehen.

- (2) Weitere Arbeiten auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die schon zu einem früheren Zeitpunkt begonnenen Arbeiten über die Statistik des Einkommens und der Erspar-

nisse sollen zunächst von dem zum Berichterstatter ernannten niederländischen Vertreter überdacht werden. Die Niederlande werden bei der nächsten Vollkonferenz im Juni 1957 einen möglichst konkreten Vorschlag für die weiteren Arbeiten auf diesem Gebiet vorlegen.

Die Frage der Vergleichbarkeit Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zwischen Volkswirtschaften mit verschiedener Wirtschaftsverfassung wurde wegen der in Aussicht stehenden Mitarbeit der Ostblockstaaten erneut aufgeworfen. Da jedoch das Statistische Amt der Vereinten Nationen ohnehin an diesen Fragen arbeitet, soll ein Bericht dieses Amtes zunächst abgewartet werden.

(3) Statistik für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung

Eine im Mai 1956 abgehaltene Tagung einer Arbeitsgruppe begann mit der Diskussion einer Liste von Statistiken, die für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung gebraucht werden und die von einer kleinen Expertengruppe im November 1955 ausgewählt worden waren. Diese Liste ist zugleich mit einem Überblick über die in der Bundesrepublik vorhandenen statistischen Unterlagen Ende April 1956 mit den deutschen Instituten für Wirtschaftsforschung besprochen worden. Sie enthält sowohl Statistiken, die den Wirtschaftsablauf im letzten Monat bzw. Vierteljahr anzeigen, wie auch solche, die Anhaltspunkte für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung geben (z.B. Auftragsbestände, Investitionsabsichten usw.). Im Hinblick auf die letztgenannten Statistiken ergab sich in Genf eine längere Diskussion, ob und inwieweit sie in das amtliche statistische Programm aufgenommen werden sollten. Die Liste berücksichtigt alle für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung wichtigen wirtschaftlichen Ströme und Tatbestände. Es bestand Klarheit darüber, daß die Bedeutung der einzelnen Statistiken je nach Wirtschaftssystem und wirtschaftlicher Situation variiert und daß daher keine Rangordnung aufgestellt werden kann. Die Liste wurde mit einigen Verbesserungen und Ergänzungen angenommen. Anschließend wurde als eines der Sonderprobleme die Frage der vierteljährlichen Investitionsbefragung und der Erfassung der Investitionsabsichten erörtert. Dieser

Punkt gab den Ländern, die bereits derartige Statistiken seit einiger Zeit durchführen, die Möglichkeit zu einem ersten Erfahrungsaustausch und einer Reihe anderer Länder, die sich die Einführung dieser Statistiken überlegen, wertvolle Anregungen für ihre zukünftige Arbeit. Im Zusammenhang mit der vierteljährlichen Erfragung der Investitionen wurden vor allem die sachlichen und technischen Schwierigkeiten erörtert, die sich aus den Unterschieden im betrieblichen Rechnungswesen und aus der Tatsache ergeben, daß im allgemeinen nur jährlich bilanziert wird. Bei der Erfassung der Investitionsabsichten wurde vor allem auf die Gründe für die Abweichungen zwischen Investitionsabsichten und tatsächlich durchgeführten Investitionen eingegangen, die sich bei einer großen Reihe von Firmen gezeigt haben. Soweit sich das bisher feststellen ließ, spielen dabei erhebungstechnische Gründe, wie z.B. der Zeitpunkt der Erfragung der Investitionsabsichten, wie auch eine Reihe von sachlichen Gründen eine Rolle. In einigen Ländern wurde u.a. festgestellt, daß bei größeren Firmen die Investitionsabsichten in stärkerem Maße realisiert wurden als bei kleineren Firmen. Das mag u.a. auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß größere Firmen vielfach bindende Investitionspläne aufstellen und daß sie oft besser in der Lage sind, die wirtschaftliche Situation zu überblicken als die kleineren. Die Auswahl der zu befragenden Firmen und die Problematik der Aufschätzung der repräsentativen Ergebnisse auf Totalergebnisse wurde ebenfalls besprochen.

Im Anschluß an die Investitionsstatistiken wurden Statistiken über Auftragseingänge, Auftragsbestände und ausgeführte Aufträge behandelt. Zu diesem Punkt hatte auch die Bundesrepublik eine Diskussionsunterlage geliefert. Ausführlich diskutiert wurde insbesondere die Frage, inwieweit diese Statistiken, die in erster Linie Änderungen der Nachfrage anzeigen, auch Anhaltspunkte für die zukünftige Entwicklung der Produktion liefern können. Es bestand Einigkeit darüber, daß sich die Statistik der Auftragsbestände hierzu etwas besser eignet als die der Auftragseingänge. Die Brauchbarkeit der Auftragsstatistik als Indikator für die zukünftige Produktion

kann verbessert werden, wenn die Auftragsstatistiken durch Statistiken über Umsätze und Vorräte ergänzt werden. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß bei der Verwendung der Auftragsstatistiken die jeweilige Situation (Vollbeschäftigung usw.) berücksichtigt werden muß. Ein Vergleich ergab, daß die Aufträge teilweise für Industrien und teilweise für Waren erfaßt werden. In diesem Zusammenhang stellte sich auch die Frage, ob ein Auftragseingangs- bzw. Auftragsbestandsindex für die gesamte Industrie einen Sinn hat oder ob die Untersuchung auf die Industrien beschränkt werden soll, die hauptsächlich auf Bestellung produzieren oder bei denen die Ausführung von Aufträgen eine längere Zeit in Anspruch nimmt. Auf weitere Einzelfragen kann in diesem Zusammenhang leider nicht eingegangen werden.

Das Problem der Beschleunigung der Erhebung, Aufbereitung und Veröffentlichung von Statistiken wurde am Beispiel des industriellen Produktionsindex erörtert. In diesem Zusammenhang wurde u.a. der Vorschlag gemacht, für eine Auswahl von wichtigen kurzfristigen Statistiken eine tabellarische Übersicht über die in den einzelnen Ländern benötigten Zeiten bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse zusammenzustellen.

Bei den zukünftigen Arbeiten dieser Arbeitsgruppe - die im April 1957 wieder zusammentritt - soll zunächst die statistische Erfassung des Privaten Verbrauchs als des größten Postens auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts und die kurzfristige statistische Erfassung des Staatsverbrauchs behandelt werden. Über den dritten wichtigen Posten der Verwendungsseite, die Investitionen, liegen Vorschläge der Arbeitsgruppe über Kapitalbildung und Kapitalverschleiß bereits vor. Der Begriff der Kurzfristigkeit soll dabei nicht zu eng ausgelegt werden, da sich ähnliche Messungsprobleme sowohl bei monatlichen, vierteljährlichen wie bei jährlichen Statistiken ergeben können. Die Frage, ob es nicht doch möglich ist, zu vierteljährlichen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu kommen, soll dabei erneut geprüft werden.

Es ist ferner eine Untersuchung über die saisonalen und sonstigen Faktoren, die den Vergleich von Monatsstatistiken beeinflussen, beschlossen worden. Zum Hauptberichterstatter wurde der Vertreter der Bundesrepublik und damit das Statistische Bundesamt ernannt. Die Ausarbeitung des Bundesamtes soll einigen Vertretern anderer Länder als Mitberichterstatter zugehen und dann der Vollkonferenz im Juni 1957 vorgelegt werden. Der Entwurf dieser Ausarbeitung wird Mitte Februar zunächst mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Institute diskutiert werden (siehe auch Abschnitt II 5).

c) Übrige Arbeiten

(1) Wirtschaftsrechnungen

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) war auf einer früheren Tagung gebeten worden, Vorschläge für die Statistik der Wirtschaftsrechnungen zu machen. Die von der ILO im Juni 1956 vorgelegten Vorschläge waren zum Teil unter außereuropäischen Einflüssen sehr stark darauf abgestellt, für bestimmte ausgewählte Arbeitnehmerschichten sehr weitreichende Untersuchungen über die Lebenshaltung und die soziale Lage anzustellen, bei denen neben dem materiellen Wohlstand auch andere Fragen (z.B. Gesundheit, Erziehung, Wohnverhältnisse usw.) erfaßt werden sollten. In der Konferenz fand dieser Plan keine nachhaltige Unterstützung, da ein Teil der angestrebten Erkenntnisse mit statistischen Untersuchungen kaum zu erreichen sein dürfte. Die Pläne der meisten Länder gehen darauf hinaus, die Erhebungen auf materielle Wirtschaftsrechnungen zu beschränken und dabei das sachliche Programm nach Möglichkeit zu kürzen, auf der anderen Seite dafür aber die Erhebungen auf alle Bevölkerungsschichten, also nicht nur auf bestimmte ausgewählte Arbeitnehmergruppen auszudehnen (siehe hierzu auch Teil B Abschnitt VI 1). Bei dieser Sachlage wurden weitere Arbeiten der Konferenz an diesem Problem zunächst zurückgestellt.

(2) Internationaler Reallohnvergleich

Das Internationale Arbeitsamt hat ferner über seine Arbeiten am internationalen Reallohnvergleich berichtet, mit denen auch die zur Zeit laufende Erhebung über die Lohnnebenkosten zusammenhängt. Die ILO bemüht sich dankenswerterweise, die Konferenz Europäischer Statistiker über die bei ihr laufenden statistischen Arbeiten zu informieren, da offenbar in einigen Fällen Schwierigkeiten dadurch entstanden sind, daß die Statistischen Ämter, die letzten Endes die fraglichen Arbeiten durchführen müssen, zu spät oder gar nicht in die vorbereitenden Arbeiten eingeschaltet worden sind. Da die Fragen des Reallohnvergleiches in bereits sehr fortgeschrittener Form im Rahmen der Montan-Union behandelt werden, wurde von den Montan-Union-Ländern angestrebt, daß die Arbeiten der ILO für sie nicht zu Doppelarbeiten führen.

(3) Stahlstatistik

Eine Sachverständigengruppe der Konferenz hatte sich mit Fragen des Stahlverbrauchs und der Stahlvorräte bei den stahlverbrauchenden Industrien befaßt. Da bisher nur drei Länder über derartige Statistiken verfügen, bestand wenig Neigung, diese Frage zur Zeit weiter zu verfolgen. Da die Stahlstatistik sehr eingehend von der Montan-Union behandelt wird, bestand auch von deutscher Seite aus kein Interesse, diese Fragen im Rahmen der ECE voranzutreiben, bevor nicht eine Lösung innerhalb der Montan-Union gefunden ist.

(4) Großrechenanlagen

Im Januar 1957 fand ein Gedankenaustausch über den Einsatz von Großrechenanlagen statt. Eine Reihe von Statistischen Ämtern befaßte sich mit der Frage, ob insbesondere die größeren elektronischen Anlagen mit Nutzen in europäischen Statistischen Ämtern, vor allem auch für den Zensus 1960, verwendet werden können. Ein Vertreter des Bureau of the Census in Washington berichtete über die Erfahrungen des amerikanischen Amtes, die recht interessante Aufschlüsse über Rationalisierungsmöglichkeiten bei der Anwendung von Großrechenanlagen gezeigt ha-

ben. Auch einige europäische Länder haben sich mit dieser Frage schon befaßt. Einige Hinweise über die dabei auftretenden Probleme und über die voraussichtliche Weiterentwicklung in verschiedenen Ländern, sowie Gedanken zur möglichen Nutzenanwendung im Bereich der deutschen amtlichen Statistik sind im Teil B dieses Berichts (Abschnitt I 4) dargestellt.

3. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE)

Mit dem 21. Februar 1956 ist die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der ECE und damit auch stimmberechtigt geworden. Die Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes wurde jedoch davon nicht beeinflußt. Wie schon bisher, war das Statistische Bundesamt auch im vergangenen Jahr an den Arbeiten der im Rahmen der ECE-Fachausschüsse gebildeten statistischen Arbeitsgruppen beteiligt, über deren Tätigkeit seit einigen Jahren regelmäßig der Konferenz Europäischer Statistiker berichtet wird (vgl. den beiliegenden übersetzten Bericht über die 4. Vollsitzung der Konferenz). Vertreter des Amtes nahmen an folgenden Tagungen teil:

a) Verkehrsstatistik

Mit Fragen der Verkehrsstatistik und Verkehrsunfallstatistik beschäftigten sich Arbeitsgruppen der ECE auf Tagungen im März und November 1956. Von besonderer Bedeutung sind die Arbeiten an der international koordinierten Verkehrszählung 1955 auf den Europastraßen, über die von einigen Staaten, darunter der Bundesrepublik, demnächst erste Ergebnisse vorliegen werden, sowie die Arbeiten zur Schaffung einer einheitlichen Gütersystematik der Verkehrsstatistik, für die neue Richtlinien aufgestellt wurden (siehe hierzu auch Teil B Abschnitt V 3). Zu den neuen Vorhaben gehören die Aufstellung von Indices der Straßenverkehrsdichte und die Ermittlung der Ausgaben für den Straßenbau.

b) Wohnungsstatistik

Auf einer Tagung im November 1956 wurden insbesondere die Begriffe der Wohnungsstatistik behandelt, die wegen der Arbeiten am Bulletin on Housing Statistics der Europäischen Wirtschaftskommission besonders dringlich waren. Die Arbeitsgruppe will sich auch mit einem Index der Bauproduktion

befassen, für den die Bundesrepublik und die Niederlande die vorbereitenden Arbeiten übernommen haben.

c) Forststatistik

Im November 1956 wurde auch über die Forststatistik verhandelt. Dabei wurden - ohne abschließend Stellung zu nehmen - Einzelfragen des auf der vorangegangenen Tagung entworfenen Programms für die internationale Forststatistik beraten (Eigenverbrauch an Holz, Vorausschätzungen über die Holzeinschläge, Investitionen in der Forststatistik u.a.). Die Ermittlung des Holz-Eigenverbrauchs und der Bäume außerhalb des Waldes wird nunmehr in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Weltzählung beraten werden.

d) Stahlstatistik

Im Dezember 1956 tagte die Arbeitsgruppe Stahlstatistik, die vor allem einige Änderungen in dem regelmäßigen Fragebogen über die Stahlproduktion vornahm (Probleme der Abmessungen und der genauen Definitionen einzelner Waren). Ferner wurde die Verbesserung der verschiedenen Statistiken der Stahlproduzenten und die Erfassung der Stahlvorräte bei den Produzenten behandelt. Die Statistik bereitet in beiden Fällen der Bundesrepublik keine Schwierigkeiten. Das Problem der Erfassung des Stahlverbrauchs und der Stahlvorräte bei den Abnehmern der Stahlprodukte wurde ebenfalls behandelt. Wesentliche Fortschritte sind jedoch, wie auch der Bericht einer Arbeitsgruppe der Europäischen Statistiker-Konferenz zeigte (siehe vorstehend unter 2 c dieses Abschnittes), in absehbarer Zeit kaum zu erwarten.

4. Statistische Arbeiten der OEEC einschließlich der Europäischen Produktivitätszentrale

a) Fremdenverkehrsstatistik

Eine Tagung statistischer Sachverständiger im Mai 1956 diente der besseren Ausstattung der vom Fremdenverkehrsausschuß der OEEC veröffentlichten Jahresberichte über den Fremdenverkehr in Europa mit aktuellem Zahlenmaterial. Die noch uneinheitlichen statistischen Methoden in den europäischen Ländern erlauben es allerdings noch nicht ohne weiteres, den Fluß des Fremdenverkehrs von Land zu Land aufzuzeigen. Angesichts der immer geringer werdenden Grenz-

kontrollen und der damit verbundenen Schwierigkeit, den Fremdenverkehr direkt zu erfassen, wurde der Beschaffung der benötigten Angaben durch Repräsentativerhebungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet; ein Plan für solche Erhebungen ist aber noch nicht aufgestellt worden.

b) Statistik der Arbeitskräfte

Ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes war auch an der Sitzung eines von der Arbeitsgruppe für Landwirtschaftsstatistik gebildeten Arbeitskreises im November 1956 beteiligt, auf der Fragen zur Statistik der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zur Diskussion standen, die später auch von der FAO im Zusammenhang mit der Vorbereitung des landwirtschaftlichen Weltzensus aufgegriffen wurden.

1956 ist der Bericht des OEEC-Manpower-Ausschusses über die Bevölkerungsentwicklung in Westeuropa in den Jahren 1951 bis 1971 erschienen, an dem das Statistische Bundesamt mitgearbeitet hat.

c) Eisen- und Stahlstatistik

Eine Gruppe statistischer Sachverständiger versammelte sich mehrfach in Paris, um die statistischen Erhebungen des Eisen- und Stahlausschusses der OEEC (über Rohstoffe, Kapazität, Investitionen) zu erörtern. Teilweise konnten Erhebungen der Montan-Union auf den Kreis der OEEC-Länder ausgedehnt werden. Es zeigte sich aber auch, daß eine Abstimmung der von der OEEC und Montan-Union durchgeführten Erhebungen nicht immer möglich ist.

d) Europäische Produktivitätsstatistik

Im vergangenen Jahr waren es vor allem zwei Objekte der Europäischen Produktivitätszentrale, die im Hinblick auf die amtliche Statistik von größerer Bedeutung sind und die deshalb auch zu einer Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes führten:

Im Rahmen des Projektes 236 "Auskunfts- und Beratungsdienst über die Produktivitätsmessung" wurde nunmehr, nachdem man sich anfänglich in der Hauptsache den Produktivitätsvergleichen einzelner Betriebe gewidmet hatte, mit der Ausarbeitung von Methoden für die Messung der volkswirtschaft-

lichen Produktivität begonnen. Auf einer im Januar 1957 in Paris anberaumten Tagung standen u.a. die vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Industriestatistik durchgeführten Produktivitätsberechnungen und ihre Verwendbarkeit für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Diskussion.

Die Grundlage für eine umfassende und allgemein anerkannte Beurteilung der Produktivität und für den internationalen Vergleich der Produktivität zwischen den OEEC-Ländern, der bisher - von ersten Versuchen in den OEEC-Jahresberichten abgesehen - noch nicht möglich ist, sollen demnächst von den OEEC-Ländern vorzulegende Berichte bilden, die nach einem bestimmten Plan zu verfassen sind.

Mit dem Projekt 370 "Investitionsverhalten der Unternehmen" soll im Hinblick darauf, daß die Investitionen maßgeblich den Grad der Produktivitätsentwicklung beeinflussen, erforscht werden, unter welchen Umständen investiert wird. Die in einem vorliegenden Bericht erläuterten Untersuchungen betreffen wichtige Fragen der Investitionsstatistik. Die deutsche amtliche Statistik verfügt auf diesem Gebiet - von den bilanzstatistischen Nebenergebnissen der Kostenstrukturerhebung 1950 für den Einzelhandel und das Handwerk abgesehen - nur über Daten aus den jährlichen Bilanzen von Kapitalgesellschaften. Mit der Kostenstrukturerhebung 1950 und besonders mit der im Anschluß daran durchgeführten Erhebung im Lebensmittel-Einzelhandel 1955 sind weitere Schritte unternommen worden, die im künftigen Handelszensus fortgesetzt werden sollen.

Das Projekt 370 wurde ausführlich auf einer Tagung im Januar 1957 in Paris erörtert. Es ist beabsichtigt, eine Investitionsbefragung in Anlehnung an den vom deutschen IFO-Institut entwickelten "Investitions-Test" zu unternehmen. Die Erhebung, für die das Sekretariat in Zusammenarbeit mit den beteiligten Ländern einen gemeinsamen Plan ausarbeiten soll, wird in der Bundesrepublik vom IFO-Institut durchgeführt werden.

5. Beteiligung an den Arbeiten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montan-Union)

a) Konferenz der Leiter der Statistischen Ämter

Die von der Hohen Behörde der Montan-Union eingerichteten Konferenzen, auf denen sich die Leiter der Statistischen Ämter aus den Mitgliedsländern versammeln, haben sich als ein Forum zur Erörterung allgemeiner fachlicher und organisatorischer Fragen aus dem statistischen Arbeitsbereich der Montan-Union durchaus bewährt. Es werden dort die laufenden statistischen Arbeiten und die neuen Vorhaben diskutiert. Auf der Konferenz im Mai 1956 fand darüber hinaus eine Aussprache über das Arbeitsprogramm der Konferenz Europäischer Statistiker in der Absicht statt, Arbeitsüberschneidungen nach Möglichkeit zu vermeiden und zu überlegen, welche statistischen Bedürfnisse der Montan-Union möglicherweise mit den Großzählungen des Jahres 1960 erfüllt werden können.

Im Jahre 1956 wurde wieder besonderer Nachdruck auf den Ausbau der sog. "allgemeinen" Statistik der Montan-Union gelegt (Wirtschaftsrechnungen und Reallohnvergleich, Produktionsindex, langfristige Entwicklung der Volkswirtschaft). Aber auch an der Verbesserung einiger, die Grundlage für die laufende Berichterstattung der Montan-Union bildender Statistiken, vor allem an der als äußerst reformbedürftig empfundenen Beschäftigungsstatistik, ist weitergearbeitet worden. Probleme der Sozialstatistik, d.h. im Zusammenhang mit den Untersuchungen der Montan-Union über Beschäftigte, Löhne, Gehälter, Sozialleistungen sowie mit den Studien über die Lohnstruktur, den Lohnvergleich und die Wirtschaftsrechnungen stehende Fragen werden den Mittelpunkt der künftigen statistischen Arbeit bilden.

b) Wirtschaftsrechnungen und Reallohnvergleich

Die von der Hohen Behörde eingeleitete und zum Teil finanzierte Erhebung über Wirtschaftsrechnungen von Arbeiterfamilien des Steinkohlenbergbaus, des Eisenerzbergbaus und der Stahlindustrie ist in allen Ländern angelaufen (siehe auch Teil B Abschnitt VI 1). Diese Arbeiten sollen dem Reallohnvergleich dienen. Darüber hinaus sind Vorberei-

tungsarbeiten im Gange, um zu einem vollständigen Einkommensvergleich der Arbeitnehmer zu kommen. Dazu soll zunächst versucht werden, die Sozialleistungen in den einzelnen Ländern, die sehr verschiedene Formen haben, zu quantifizieren und zu vergleichen. Man versucht wenigstens, den Globalbetrag der Sozialleistungen pro Kopf der Erwerbstätigen zu berechnen, um diesen dann zum Durchschnittseinkommen der Beschäftigten in Beziehung setzen zu können.

c) Produktionsindex der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie

Auf zwei Tagungen einer Arbeitsgruppe (im Mai und November 1956) wurde versucht, vergleichbare Produktionsindexziffern in den Ländern der Gemeinschaft zu entwickeln, die über den Produktionsverlauf der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie Aufschluß geben. Unbefriedigend ist bisher nicht nur die Anwendung verschiedener Methoden bei der Berechnung solcher Indices, sondern auch die unterschiedliche Abgrenzung der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie gegenüber der Eisen- und Metallerzeugung, die nunmehr in Anlehnung an die Gliederung der internationalen Gewerbesystematik (ISIC) einheitlich vorgenommen werden soll.

Im Zusammenhang mit der Frage der Gewichtung wurde auch die problematische Fortschreibung von Daten über den Stahlverbrauch der Metall verarbeitenden Industrie erörtert. Über die Möglichkeiten einer Schätzung des Stahlverbrauchs soll von den Ländern berichtet werden. Die Hohe Behörde ist auch an Beziehungszahlen zwischen Beschäftigten und Stahlverbrauch in möglichst feiner Gliederung interessiert.

Da das Baugewerbe ein sehr bedeutender Stahlverbraucher ist, soll auch die Entwicklung der Bautätigkeit beobachtet werden. Die Hohe Behörde läßt sich zunächst einen Überblick über die Berechnung der vorhandenen Produktionsindexziffern für das Bauhauptgewerbe geben, die wegen der verschiedenartigen Abgrenzung und Methodik überhaupt noch nicht vergleichbar sind.

d) Untersuchung über die Entwicklung der Volkswirtschaften

Im vergangenen Jahr wurden die von dem Gemischten Ausschuß des Rates und der Hohen Behörde aufgenommenen Arbeiten zur Prüfung der Aussichten und Voraussetzungen für die Entwicklung der Volkswirtschaften in den Ländern der Gemeinschaft fortgesetzt. Ein Unterausschuß stellte vorläufige Hypothesen auf, die den Schätzungen über die Entwicklung des Sozialprodukts und der Bevölkerung und Beschäftigten sowie der Produktivität bis zum Jahre 1965 zugrunde gelegt wurden; die Wirtschaftsabteilung der Hohen Behörde fertigte auf dieser Grundlage und anhand der von den Ländern zur Verfügung gestellten, zunächst nur globalen Daten einen Berichtsentwurf über die Aussichten der Wirtschaftsentwicklung an, der diskutiert und vorläufig abgeschlossen wurde.

Es ist die Aufgabe des Gemischten Ausschusses, nunmehr die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung möglichst genau zu definieren, die u.a. aus einer gründlicheren Untersuchung der Gliederung des Brutto-Sozialproduktes nach verschiedenen Produktionszweigen hervorgehen werden.

e) Beschäftigungsstatistik

Die bisherige Form der Beschäftigungsstatistik ist höchst unbefriedigend, da über die Grundfrage, was als geleistete und was als bezahlte Arbeitszeit gelten soll, noch keine Einheitlichkeit erzielt werden konnte. Es wird nach Lösungen gesucht, die den Vergleich des Beschäftigungsstandes im Kohlenbergbau, der Eisen- und Stahlindustrie zwischen den Montan-Union-Ländern und gleichzeitig mit dem Beschäftigtenstand in anderen Industriezweigen erlauben; die Einheitlichkeit der Beschäftigtenstatistik ist auch für internationale Produktivitätsvergleiche von Bedeutung.

Eine Umfrage bei einer Reihe von Hüttenwerken diente dazu, geeignete Methoden zu finden, die bei der Ermittlung der Durchschnittszahl der anwesenden Arbeiter anzuwenden sind.

f) Andere Arbeiten

Die statistische Abteilung der Hohen Behörde hat Untersuchungen über die Entwicklung des Warenaustausches innerhalb der Gemeinschaft angestellt. Die Berechnungen müssen allerdings noch durch eine Untersuchung ergänzt werden, aus der hervorgeht, wie sich der Warenaustausch der in den Bereich der Montan-Union fallenden Waren mit dritten Ländern gestaltet hat.

Weitere Arbeiten haben dazu geführt, daß im vergangenen Jahr erstmalig Statistiken über die Edelmehle, die später als der gewöhnliche Stahl in den gemeinsamen Markt einbezogen worden sind, sowie über die Manganerzförderung und den Inlandsabsatz an Walzstahl nach Abnehmergruppen veröffentlicht werden konnten.

6. Beteiligung an den Arbeiten der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR)

Die statistische Arbeitsgruppe der ZKR hat sich im vergangenen Jahr vorwiegend wieder mit dem Entwurf des an die Internationale Warensystematik für den Außenhandel (SITC) angepaßten Güterverzeichnis für die Rheinschifffahrt befaßt. Auf Tagungen in Wiesbaden und Den Haag (März bzw. September 1956) wurde der Entwurf nochmals eingehend überprüft und teilweise geändert sowie ein zweisprachiges (deutsch-französisches) alphabetisches Güterverzeichnis begutachtet. Ein zweimal in Straßburg zusammengetretener Arbeitskreis prüfte die teilweise schwierigen Übersetzungsarbeiten und die Zuordnung der Güter zu den einzelnen Nummern des Güterverzeichnisses.

Zwecks Aufklärung von Differenzen, die bei der Anschreibung der Schiffsdurchgänge an der deutsch-niederländischen Grenze in Emmerich und Lobith festgestellt worden waren, sind im Juni des vergangenen Jahres Sonderanschreibungen durchgeführt und die Unstimmigkeiten von den Beteiligten aufgeklärt worden. Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel sollen eingeleitet werden.

Berichte über die Grundlagen und Methoden der Binnenschifffahrtsstatistik in den Rheinuferstaaten sollen zum Ausgangspunkt für weitere Verbesserungen und für die Vereinheitlichung der Binnenschifffahrtsstatistik in den 5 Staaten gemacht werden.

7. Beteiligung an den Arbeiten des Statistischen Amtes der UN und ihrer Sonderorganisationen

a) Statistisches Amt der UN

Die Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes an der fachlichen Arbeit des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen würde sich kaum anders gestalten, wenn die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der UN wäre. Das Statistische Bundesamt wird über alle laufenden statistischen Arbeiten der UN unterrichtet; wie die Zentralämter in anderen Ländern liefert es das benötigte Zahlenmaterial für die Veröffentlichungen der UN und wird aufgefordert, zu statistisch-methodischen Fragen Stellung zu nehmen.

Zu den wichtigen Punkten aus dem laufenden statistischen Arbeitsprogramm der UN, mit denen sich auch das Statistische Bundesamt im vergangenen Jahr eingehend zu befassen hatte, gehört die Vorbereitung internationaler Empfehlungen für die Binnenhandelsstatistik. Vom Statistischen Amt der UN wurde ein Erhebungsprogramm ausgearbeitet, das die Durchführung umfassender Zählungen im Abstand von fünf oder zehn Jahren, von Jahreserhebungen in der dazwischenliegenden Zeit und die Zusammenstellung spezieller monatlicher oder vierteljährlicher Statistiken vorsieht. (Siehe auch Abschnitt III 2 a). Das Statistische Bundesamt äußerte sich ferner zu Problemen im Zusammenhang mit den von der UN aufgestellten Richtlinien für Volks- und Wohnungszählungen.

An Stellungnahmen zu dem Entwurf eines systematischen und alphabetischen Verzeichnisses der Betriebsbenennungen für die Internationale Gewerbesystematik, zum Handbuch über Methoden der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und zu der vom Statistischen Amt der UN geplanten Studie über die Gliederung der Bevölkerung nach Stadt- und Landgebieten sowie nach Wirtschafts- und Verwaltungsbezirken wird gegenwärtig noch gearbeitet. Das erwähnte Verzeichnis der Betriebsbenennungen ist von großer praktischer Bedeutung für die Abstimmung des deutschen Verzeichnisses der Arbeitsstätten auf die internationale Systematik (ISIC); es wird gegenwärtig vom Statistischen Bundesamt übersetzt.

b) Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Die Zusammenarbeit mit der ILO konzentrierte sich im vergangenen Jahr auf die bereits 1955 vorbereitete und nach international einheitlichen Richtlinien in 11 europäischen Ländern, auch in der Bundesrepublik, durchgeführte Erhebung über die Lohnnebenkosten in 7 wichtigen Industriezweigen. Das Projekt umfaßt zwei Arbeitsgänge. Zunächst sind die Lohnnebenkosten einzelner Betriebe im Jahre 1955 durch eine Stichprobenerhebung zu ermitteln; ein deutsches Teilergebnis dieser teilweise mit erheblichen Schwierigkeiten verbundenen Erhebung konnte bisher dem Internationalen Arbeitsamt zur Verfügung gestellt werden. Um die Ergebnisse der Betriebserhebung volkswirtschaftlich auswerten zu können und ein Gesamtbild der Arbeitskosten zu gewinnen, sind ferner globale Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zusammengestellt worden, die inzwischen an die ILO übermittelt wurden.

Das Statistische Bundesamt äußerte sich außerdem zu Fragen über Wirtschaftsrechnungen und Statistiken über Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Produktivität im Metallgewerbe, die vom Internationalen Arbeitsamt aufgeworfen worden waren.

c) Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO)

Auf die Zusammenarbeit mit der FAO wurde bereits in den Abschnitten III 2 a (Landwirtschaftszählung) und III 3 c (Arbeiten der gemeinsamen FAO/ECE-Sachverständigengruppe) hingewiesen.

d) Welt-Gesundheitsorganisation (WHO)

Im Juni 1956 war das Statistische Bundesamt an einer Arbeitstagung über die Verhütung von Unfällen im Kindesalter vertreten, die vom Europa-Büro der Welt-Gesundheitsorganisation in Genf veranstaltet wurde. Die Unfallverhütung beschränkt sich in vielen europäischen Ländern in erster Linie auf Verkehrsunfälle. Über andere, eine erhebliche Rolle spielende Unfälle von Kindern, besonders soweit sie nicht zum Tode führen, fehlt es an statistischem Material. Die Arbeitsgruppe befaßte sich mit solchen vorwiegend repräsentativ durchzuführenden Erhebungen.

e) Organisation der UN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Die auf Anregung der Konferenz Europäischer Statistiker im Mai 1956 in Paris von der UNESCO durchgeführte Sitzung über die Statistik der Hochschulbildung und der Beschäftigung von Akademikern wurde bereits unter Abschnitt III 2 a abgehandelt. Das Statistische Bundesamt steht im übrigen in Fragen der Hochschulstatistik in ständiger Verbindung mit der UNESCO.

f) Technical Assistance Administration der UN (TAA)

Ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes (Dr. Kurt Horstmann) fungierte auf Veranlassung der Population Branch der UN im Rahmen des Programms für technische Hilfeleistung vom 12. Mai 1955 bis 23. März 1956 als Berater für Bevölkerungsfragen bei der indonesischen Regierung.

8. Beteiligung an den Arbeiten sonstiger internationaler Organisationen

a) Europäischer Zweig der Ökonometrischen Gesellschaft

Auf einer Tagung dieser Organisation in Aix-en-Provence im August 1956, an der ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes teilnahm, wurde über den Beitrag der Ökonometrie zur Aufstellung von Investitionsprogrammen diskutiert. Die Ökonometrie wird auch für die amtliche Statistik immer wichtiger; sie hat sich im Ausland schon weit stärker durchgesetzt als in der Bundesrepublik. Es wird nicht leicht sein, auf diesem Gebiet den Anschluß an das internationale Niveau zu finden.

b) Internationale Handelskammer

Auf den Sitzungen des Ausschusses für Absatzstatistiken und der Kommission für Absatzfragen der Internationalen Handelskammer im Juni und November 1956 in Paris, an denen ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes teilnahm, wurden Maßnahmen zur statistischen Ausbildung kleiner und mittlerer Händler, die Messung der Produktivität in der Absatzwirtschaft, die Durchführung von Stichprobenerhebungen über den Binnenhandel, die wirtschaftliche Bedeutung der Verbraucherkredite und Fragen der Zusammenarbeit zwi-

schen der Statistischen Kommission der UN und Internationalen Handelskammer erörtert.

c) Internationale Union für Familienorganisationen

Im Mittelpunkt der Diskussionen bei der Jahrestagung des vom Internationalen Verband der Familienorganisationen gebildeten Ausschusses für die Lebenshaltung der Familien im Juni 1956 in Paris standen wiederum Fragen der Messung des Lebensstandards der Bevölkerung und einzelner Bevölkerungsgruppen. Die Teilnehmerländer waren aufgefordert worden, Material über das Einkommen von Industriearbeitern nach dem Familienstand und Schätzungen über den theoretischen Mindestbedarf zu liefern und über die in ihren Ländern durchgeführten Untersuchungen zu berichten.

d) British Council

Im Mai 1956 nahm ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes an dem internationalen Kursus des British Council über Methoden der Sozialstatistik teil, die in Großbritannien - wie vielfach im Ausland - in weit umfassenderem Sinn als bei uns der Erforschung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung und einzelner Bevölkerungsschichten dient. Besonders aufschlußreich waren die Berichte über den britischen "Social Survey", der in der Art eines Mikrozensus mit wechselnder, jeweils den Bedürfnissen der Regierung angepaßter Fragestellung laufend durchgeführt wird.

B. Berichte der Abteilungen

=====
über wichtige Probleme ihres Arbeitsgebietes
=====

I. Allgemeine Organisation der Statistik

1. Organisations- und Rechtsfragen, allgemeine statistische Technik und Methodik

Die Vorarbeiten zur Schaffung ausreichender Rechtsgrundlagen für alle Bundesstatistiken haben 1956 wieder eine Fülle von Arbeits- und Zeitaufwand erfordert, der sich nicht allein durch das Ausarbeiten der Entwürfe von Gesetzen oder Rechtsverordnungen, sondern vor allem durch die bekannte umfangreiche Ausschußprozedur ergibt. Diese Fragen werden auch 1957 noch durch die Arbeit an einigen Gesetzentwürfen und an einer Reihe von Rechtsverordnungen, die wegen des Ablaufs der 3-Jahresfrist erneuert werden müssen, in beträchtlichem Maße weitergehen. Über den gegenwärtigen Stand der Rechtsgrundlagen und einige hiermit zusammenhängende Probleme ist im Allgemeinen Teil (Abschnitt I 2) gesondert berichtet.

Mit Abschluß der neuen rechtlichen Fundierung der einzelnen Statistiken soll wieder - etwa nach dem Stand von Ende 1957 oder Anfang 1958 - ein detaillierter Überblick über den Stand der Bundesstatistiken gegeben werden, wie er bereits für den 31.12.1953 in einem besonderen Band ("Die Bundesstatistik", Band 82 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland) und für die seither eingetretenen Änderungen in zwei Ergänzungsheften veröffentlicht worden ist. Daneben sind Vorarbeiten für eine Darstellung von Angaben über die regionale Gliederung der Ergebnisse von Bundesstatistiken begonnen worden.

Kurz nach der letztjährigen Beiratstagung ist eine ausführliche zusammenfassende Darstellung über Organisation und Technik des Zählungswerks 1950 veröffentlicht worden (Band 31 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland). Es sind dabei die mit der Planung und praktischen Durchführung der Zählung verbundenen Fragen, z.B. Orga-

nisation, Rechtsgrundlage, Erhebungspapiere, Zählerprobleme, Kostenfragen, Aufbereitungsgang, geschildert worden.

Auf dem Gebiet der allgemeinen Kostenfragen sind zu dem Kalkulationsschema, das bei den Kostenberechnungen für neue Statistiken benutzt wird und in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern entwickelt wurde, die Sätze für Personalkosten an die veränderten Lohn- und Gehaltsverhältnisse angepaßt worden.

Als Unterlage für die Beurteilung periodischer statistischer Ergebnisse ist mit der Aufstellung eines "Wirtschaftskalenders" begonnen worden, der eine monatliche Sammlung von Material wirtschaftlich wichtiger Daten und Ereignisse darstellt, die zur Analyse der monatlichen und anderen periodischen Zahlen beitragen können (z.B. Zahl von Arbeits-, Sonn- und Feiertagen im Monat, klimatische Verhältnisse, Auszahlung von Weihnachtswendungen, Kündigung von Lohn- und Gehaltstarifen usw.).

Über die Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes im Arbeitsausschuß Statistik des Deutschen Normenausschusses wird im Allgemeinen Teil (Abschnitt II 4) berichtet.

2. Systematiken

Ende Februar 1957 ist das neue Warenverzeichnis für die Industriestatistik erschienen. Es ist nach Gruppen gegliedert, die jetzt die Bezeichnung "Warengruppen" tragen (bisher "Industriegruppen"), da es sich im Gegensatz zu der Gliederung von Betrieben nach institutionellen Gesichtspunkten hier um eine Gruppierung von Waren handelt. Eine größere Zahl von Warenpositionen ist dem neuesten Stand der Produktion und den sachlichen Bedürfnissen der an der amtlichen Produktionsstatistik beteiligten Stellen angepaßt worden.

Die grundlegenden Gedanken für eine Gliederung der vor allem in der Produktions- und in der Außenhandelsstatistik erfaßten Waren nach ökonomisch interessierenden Gesichtspunkten (Verarbeitungsgrad, Verbrauchs- und Investitionsreife, Dauerhaftigkeit) sind in "Wirtschaft und Statistik" dargelegt worden. Da weder von den Beiratsmitgliedern noch von anderen Stellen Einwände gegen diese Grundgedanken geäußert worden sind, wird nach diesen Grundsätzen

weitergearbeitet werden.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Arbeitsstättenzählung 1960 sind erste Überlegungen über Gliederungsgrundsätze für die institutionelle Systematik (Betriebs-systematik) begonnen worden. Eine Reihe grundsätzlicher Probleme der ganzen Zählungskonzeption hängt eng mit der neuen Systematik zusammen (Gliederung nach Wirtschaftsbereichen, Abhängigkeit der systematischen Tiefe von Erhebungs- und Darstellungseinheit, Bildung sog. „Kombinationsklassen“). Die hiermit zusammenhängenden Fragen sind in den „Gedanken zum Zählungsprogramm 1960“ dargestellt, die bei der diesjährigen Beiratstagung gesondert diskutiert werden sollen.

Weitere Ausführungen über die Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes an Systematiken sind im Teil A, Abschnitt III (Beteiligung an internationalen Organisationen und Tagungen) sowie in nachstehenden Abschnitten des Teils B enthalten.

3. Mathematisch-statistische Methodik

Die Schwerpunkte der mathematisch-statistischen Arbeit lagen bei der Vorbereitung einiger umfangreicher Stichprobenprojekte, bei denen methodische Sonderprobleme bestanden. Die Lohnsteuerstatistik 1955 wird zur Zeit nach dem hier ausgearbeiteten Stichprobenplan durchgeführt. Die Entscheidung über die Verfahren, nach denen die Repräsentativstatistik der Steuern vom Einkommen in den nächsten Jahren durchgeführt werden soll, ist auf Grund der umfangreichen Vorbereitungsarbeiten nunmehr auch getroffen worden.

Besondere Probleme ergab die landwirtschaftliche Arbeitskräftestatistik, bei der die Ineinanderführung einer großen Basis-Stichprobe und fortlaufender Monatserhebungen an einer kleineren Unterstichprobe vorzunehmen war. Dies ist ein Beispiel für methodische Koordinierungsaufgaben, die sich mit ähnlichen Problemen auch bei der Stichprobe der Wohnungszählung und dem Mikrozensus ergeben.

Nach dem Abschluß der umfangreichen Vorbereitungsarbeiten

für die Gemeinde- und Haushaltungsauswahl des Mikrozensus stehen hier noch Spezialuntersuchungen über die zweckmäßigste Form der Erhebungskontrollen und der Fehlerrechnung bevor, die im wesentlichen erst am Material der Erhebungen selbst durchgeführt werden können.

Für die Umstellung der Bodenbenutzungserhebung auf repräsentative Basis mußte eine Reihe neuer stichprobentechnischer Aufgaben bearbeitet werden; hier bestand die Notwendigkeit, eine größere Zahl von Merkmalen gleichzeitig bei der Schichtung und Auswahl der Erhebungseinheiten zu berücksichtigen - ein Problem, das auch im wissenschaftlichen Schrifttum noch nicht befriedigend gelöst war. Die Bodenbenutzungserhebung wird erstmalig 1957 im ganzen Bundesgebiet repräsentativ durchgeführt werden.

Weitere spezielle Vorbereitungsarbeiten waren auf ein Stichprobenverfahren gerichtet, das in der Aufbereitung der Außenhandelsstatistik, und zwar für Ausfuhren mit Werten unter 500 DM, bei geringem Arbeitsaufwand hinreichend genaue Ergebnisse liefert. Auch hier zeichnet sich bereits eine befriedigende Lösung ab.

Für die Bundestagswahl 1957 wird eine Erweiterung der repräsentativen Stichprobe von Wahlbezirken bearbeitet, um die 1953 erfolgreich begonnene Untersuchung über die Wahlergebnisse nach Alter und Geschlecht fortzusetzen.

Der im Jahr 1955 geschaffene Arbeitskreis für mathematische Methodik hat sich im letzten Jahr als geeignetes Forum für die Erarbeitung zweckmäßiger und einheitlicher Prinzipien in der Stichprobenmethodik erwiesen. Der als Gemeinschaftsarbeit des Statistischen Bundesamtes mit den Statistischen Landesämtern geplante Veröffentlichungsband über den gegenwärtigen Stand der Anwendung des Stichprobenverfahrens in der amtlichen Statistik soll im Jahr 1957 zum Abschluß gebracht werden.

Die Überprüfung der statistischen Arbeitstechnik nach den in der Industrie bewährten Methoden der Qualitätskontrolle ergab ein System von Stichprobenkontrollen, das zunächst für Sortier- und dann auch für Signierarbeiten angewendet werden soll. Zur Erprobung derartiger

für die praktische Arbeit wichtiger Verfahren wäre eine noch engere Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern erwünscht.

Neben den speziellen Arbeiten an Stichprobenprojekten wurden auch Fragen der Grundlagenforschung aufgegriffen, wofür das bei der Jahreshauptversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Essen erstattete Referat über die Problematik des statistischen Messens Zeugnis ablegt. Die in diesem Referat enthaltenen Überlegungen sollen auf die Konsequenzen überprüft werden, die sich aus ihnen für die praktische statistische Arbeit ergeben.

4. Verwendung von Großrechenanlagen für statistische Aufbereitungen

Zur weiteren Rationalisierung der statistischen Aufbereitungsarbeit und im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Zählungswerkes 1960 wird vom Statistischen Bundesamt seit einiger Zeit die Frage geprüft, ob in Ergänzung des bisherigen Lochkartenverfahrens die Verwendung von Großrechenanlagen möglich und zweckmäßig ist. Die ersten Großrechenanlagen im Bundesgebiet stehen bereits für wissenschaftliche Zwecke bei mehreren Hochschulen und für kaufmännische Rechenarbeiten bei einigen Unternehmen zur Verfügung. Die Tagung einer Arbeitsgruppe der Konferenz Europäischer Statistiker Ende Januar 1957 in Genf (siehe Teil A, Abschnitt III 2 c) hat ergeben, daß das Bureau of the Census in Washington bereits mit recht gutem Erfolg seit einigen Jahren mit zwei Großrechenanlagen für einen großen Teil seiner Statistiken arbeitet. Die bisherige maschinelle Aufbereitungszeit konnte hierdurch etwa halbiert werden. Trotz der Höhe der Anschaffungskosten bzw. der Mieten sind die Aufbereitungskosten insgesamt gesenkt worden; der Umfang der Kostenersparnis hängt sehr weitgehend von der einzelnen Statistik ab. Ein besonderer Vorteil der Rechenautomaten besteht darin, daß das Material in beträchtlichem Umfang maschinellen Wahrscheinlichkeitsprüfungen auf Richtigkeit der Eintragungen unterworfen werden kann. Erforderlich ist ein ausreichender Zeitraum für die Ausarbeitung der Ablaufdiagramme und für die sog. „Programmierung“. Außerdem muß das für diese Arbeiten in

Betracht kommende Personal besonders geschult werden. Zu verbessern und zu beschleunigen ist in erster Linie noch die sog. „Eingabeseite“, d.h. die mit dem bisherigen Signieren und Lochen zusammenhängende Arbeit. In den Vereinigten Staaten ist hierfür eine besondere Maschine entwickelt worden, die gestrichelte Eintragungen auf den Belegen lichtoptisch abliest und unmittelbar in Eintragungen auf Magnetbänder umsetzt.

Auch einige europäische Länder verfügen bereits über Rechenautomaten aus eigener Produktion (Frankreich, UdSSR, Holland, Jugoslawien). Erfahrungen mit dem Einsatz für statistische Arbeiten liegen hier noch nicht vor. Es besteht jedoch trotz eines gewissen Zögerns wegen der Höhe der Maschinenmieten der Eindruck, daß die Statistischen Ämter in der nächsten Zeit nacheinander zum Einsatz von Großrechenanlagen übergehen werden.

Im Statistischen Bundesamt wird in der nächsten Zeit untersucht werden, ob z.B. die Aufbereitung der laufenden Aussenhandelsstatistik von einer Großrechenanlage übernommen werden könnte. Außerdem wird geprüft werden, ob der Einsatz einer Großrechenanlage für die Aufbereitung des Zählungswerkes 1960 rationell wäre. Zahlreiche arbeitstechnische Probleme, die sich aus den Konstruktionsprinzipien der Anlagen und aus der Vielfalt der statistischen Aufgaben ergeben, werden dabei zu überlegen sein. U.a. wird zu untersuchen sein, ob die Arbeitsverteilung zwischen Bundesamt und Landesämtern wegen der großen Kapazität einer Großrechenanlage für manche Statistiken (z.B. für das Zählungswerk 1960) so einzurichten wäre, daß der Rationalisierungseffekt am stärksten zur Geltung kommt.

Daneben kommt wohl auch die Übernahme von Rechen- und Aufbereitungsarbeiten anderer amtlicher Stellen durch ein solches „Rechenzentrum“ beim Statistischen Bundesamt in Betracht.

5. Veröffentlichungen

Das Statistische Jahrbuch konnte 1956 bereits Anfang Juni herausgegeben werden, d.h. mehr als zwei Monate früher als in den vergangenen Jahren. Es wird versucht werden, auch das Jahrbuch 1957 wieder etwa zum gleichen Termin

erscheinen zu lassen. Da das Saarland inzwischen politisch wieder zum Bundesgebiet gehört, vergleich- und addierbare Zahlen jedoch wegen der wirtschaftlichen Sonderstellung zunächst bei allen Preis- und Wertangaben nicht zur Verfügung stehen, werden im Jahrbuch, ebenso wie in den anderen Veröffentlichungen, Zahlen vorläufig in besonderen Tabellen und zusätzlichen Zahlenreihen gegeben werden. Die schrittweise Einbeziehung in die Bundesveröffentlichungen ist vorgesehen; sie wird jedoch erst mit der vollen Eingliederung des Saarlandes in das Wirtschafts- und Währungsgebiet beendet werden können.

Die Herausgabe eines Taschenbuches, das die für einen großen Benutzerkreis wichtigsten Zahlen aus allen Gebieten enthält, ist für Herbst 1957 geplant. Außerdem ist vorgesehen, künftig ausgewählte Artikel aus „Wirtschaft und Statistik“ in englischer Sprache herauszugeben. Diese Übersetzungen sollen die methodischen Darlegungen über wichtige Probleme der amtlichen Statistik auch in den ausländischen Ämtern sowie in den internationalen und supranationalen Organisationen besser als bisher bekannt machen.

Auch die seit einiger Zeit bestehenden besonderen Reihen für einzelne Fachgebiete (z.B. Die Industrie; Der Außenhandel; Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen; Allgemeine Statistik des Auslandes) sollen 1957 weiter ausgebaut werden. Sie werden ab Januar 1957 in weitgehend einheitlicher äußerer Form, jedoch mit verschiedenfarbigem Randstreifen erscheinen.

Bei den Einzelbänden wird weitere Aktualisierung angestrebt. Soweit sich dies aus dem Absatz der Veröffentlichungen erkennen läßt, hat durch diese Bemühungen eine Reihe von Bänden (z.B. die Veröffentlichungen über die Bilanzen der Aktiengesellschaften) steigendes Interesse gefunden.

Mitte 1957 ist mit den ersten Veröffentlichungen über die Wohnungsstatistik 1956 zu rechnen. Außerdem wird etwa zur gleichen Zeit das neue „Amtliche Gemeindeverzeichnis“ mit den Bevölkerungszahlen erscheinen, die bei der Wohnungsstatistik nach dem Stand von September 1956 ermittelt

worden sind.

Zur Erleichterung für die Benutzer, die an bestimmten Fachgebieten interessiert sind, wird das Veröffentlichungsverzeichnis nicht mehr nach Reihen, sondern entsprechend der Aufteilung des Jahrbuches nach Fachgebieten gegliedert. Es erscheint in Kürze erstmalig in der neuen Form nach dem Stand von Anfang 1957.

6. Zweigstelle Berlin

Bei der Zweigstelle Berlin sind auch 1956 neben der dort laufenden Aufbereitung der Interzonen- und Berlinhandelsstatistik eine Reihe von wissenschaftlich wertvollen Sonderarbeiten durchgeführt worden. Hierfür wurden von der Senatsverwaltung Berlin wieder eine Anzahl von Notstandsangestellten zur Verfügung gestellt. Fast die Hälfte aller Notstandsangestellten war 1956 für die Mitarbeit an der auf einer Entschließung des Bundestages beruhenden Gesamterhebung der Vertriebenen (Übernahme des Anschriftenmaterials der Antragsformulare für den Bundesvertriebenenausweis auf Suchdienstkarteikarten) und für die statistische Aufbereitung der Angaben in den Antragsformularen zum Bundesvertriebenenausweis eingesetzt. Die gesamte Zweigstelle ist ab April 1956 geschlossen in einem eigenen neu ausgebauten Amtsgebäude (Kurfürstenstraße 87) untergebracht.

II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Allgemeine Auslandsstatistik

1. Revision der Sozialproduktberechnung

Die Neuberechnung des Sozialprodukts für die Jahre 1950 bis 1954 ist nahezu abgeschlossen. Die Ergebnisse (bisher nur zu jeweiligen Preisen) sollen in einem der nächsten Hefte von „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht werden. Die Zahlen für 1955 und 1956 folgen nach vollständiger Auswertung der Umsatzsteuerstatistik 1955.

Die Neuberechnung hat längere Zeit als ursprünglich erwartet in Anspruch genommen. Das liegt zum Teil an Verzögerungen in der Bereitstellung der notwendigen

statistischen Unterlagen und zum Teil daran, daß die Abstimmung der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1954 mit denen der Umsatzsteuerstatistik 1950 und mit anderen Statistiken, z.B. der Statistik der Einzelhandelsumsätze, der Industrieberichterstattung, der Arbeitsstättenzählung, der Handwerkszählung usw., erhebliche Zeit gekostet hat. Zusätzliche Schwierigkeiten bereitete die Berechnung für die Jahre 1951 bis 1953, für die erheblich weniger statistische Unterlagen zur Verfügung standen als für 1950 und 1954.

Vorläufig können aus der Verteilungsrechnung auch weiterhin nur Zahlen über das Einkommen aus unselbständiger Arbeit gegeben werden. Die Schätzungen über die übrigen Größen der Verteilungsrechnung sollen erst noch anhand der Ergebnisse der Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistiken 1954 kontrolliert werden. Die bereits vorliegenden globalen Ergebnisse der Körperschaftsteuerstatistik lassen es als einigermaßen sicher erscheinen, daß die Schätzung der unverteilter Gewinne der Kapitalgesellschaften keiner wesentlichen Revision mehr bedarf. Unter der Voraussetzung, daß auch die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik keine größeren Neuberechnungen - vor allem des Erwerbs- und Vermögenseinkommens der privaten Haushalte - erforderlich machen, kann mit dem baldigen endgültigen Abschluß der Arbeiten zur Einkommensverteilung gerechnet werden. Das gilt zunächst für die Jahre 1950 bis 1954 und bald danach auch für die folgenden Jahre. Es ist vorläufig geplant, diese Ergebnisse im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu veröffentlichen.

Ausführungen über die Art der Neuberechnung des Sozialprodukts und die dabei verwendeten Statistiken sowie über die Lücken im statistischen Material sind bereits im vorjährigen Bericht enthalten.

2. Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Das Standard-System der OEEC ist als Minimalprogramm für die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen gedacht. Es enthält dementsprechend zahlreiche Zusammenfassungen und Vereinfachungen. Um zu einer für die

Wirtschaftsbeobachtung ausreichend detaillierten Darstellung der Vorgänge des Wirtschaftskreislaufs zu kommen, wurde in Anlehnung an die Überlegungen der OEEC und die in anderen Ländern entwickelten Systeme ein ausführliches Kontenschema ausgearbeitet. Dieses soll als Grundlage für weitere Arbeiten auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und für eine systematische Vervollständigung der statistischen Unterlagen dienen. Hierüber wird demnächst in „Wirtschaft und Statistik“ berichtet werden.

Aus diesem System ist durch Zusammenfassung von Sektoren, Konten und Transaktionen ein einfacheres, dem OEEC-System ähnliches Kontenschema abgeleitet worden, das nach dem endgültigen Abschluß der Arbeiten an der Verteilungsrechnung ausgefüllt werden kann. Die ersten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik sollen noch in diesem Jahr veröffentlicht werden.

Da Waren und Dienstleistungen nicht nur zwischen den Sektoren, sondern zum großen Teil innerhalb des Unternehmenssektors umgesetzt werden, sind zur besseren Durchleuchtung des Güterkreislaufs neben dem konsolidierten Produktionskonto für die gesamte Volkswirtschaft, auch Produktionskonten für einzelne Wirtschaftsbereiche aufgestellt worden. Diese Produktionskonten enthalten u.a. Angaben über den Wert der abgesetzten Erzeugnisse und den Verbrauch an Waren und Dienstleistungen, die von anderen Unternehmen usw. bezogen wurden. Sie geben jedoch noch keine Auskunft über die Lieferanten der bezogenen und die Käufer der abgesetzten Produkte. Die Unterlagen für die Darstellung der Richtung der Güterströme oder, anders ausgedrückt, für die Darstellung der Marktverflechtungen, müssen erst noch durch die Ergebnisse der Erhebung über die Nettoleistung der Industrie vervollständigt werden. Da demnächst mit diesen Zahlen (für das Jahr 1954) zu rechnen ist, sind inzwischen die Vorarbeiten für die Darstellung der Marktverflechtungen in Angriff genommen worden.

Schließlich wird zur Zeit noch geprüft, ob und in welcher Form und Tiefe die geld- und kreditmäßigen Vorgänge in der deutschen Volkswirtschaft in einem selbständigen oder in einem an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen anzuhängenden System („money-flow-system“) dargestellt

werden könnten.

3. Sonderarbeiten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Das Statistische Bundesamt hat auch in diesem Jahr an den Arbeiten des Arbeitskreises „Sozialproduktsberechnungen der Länder“ durch Erörterung von Methodenfragen und Bereitstellung von statistischen Unterlagen mitgewirkt.

Die Mitarbeit an langfristigen Vorausschätzungen des Sozialprodukts, vor allem im Zusammenhang mit Arbeiten der OEEC und der Montan-Union, gab Veranlassung zu einer eingehenderen Beschäftigung mit den theoretischen und praktischen Möglichkeiten derartiger langfristiger Projektionen. Gegenwärtig sind solche Vorausschätzungen noch durch den provisorischen Charakter und die Unvollständigkeit der bisherigen Sozialproduktsberechnung, durch das Fehlen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und durch die kurze Zeitspanne, für die erst Sozialproduktszahlen vorliegen, behindert. Die oben erwähnten und kurz vor dem Abschluß stehenden Arbeiten auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden eine genauere und eingehendere Analyse des bisherigen Wirtschaftsablaufs ermöglichen und damit die Voraussetzungen für langfristige Vorausschätzungen verbessern.

Unter den Sonderarbeiten für Ministerien und internationale Organisationen ist ferner u.a. die Bereitstellung von Material für eine Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes über die (direkten und indirekten) Arbeitskosten und ihren Anteil am Sozialprodukt zu erwähnen.

Um weitere Angaben für das in vieler Hinsicht interessierende Problem der Lohn- und Produktivitätsentwicklung liefern zu können, sind Arbeiten zur Schätzung der Lohn- und Gehaltssumme und der Produktivität in einzelnen Wirtschaftsbereichen in die Wege geleitet worden.

4. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Auslandes

Demnächst wird in einer besonderen Veröffentlichungsreihe über die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Auslandes berichtet werden. Dabei sollen nach Möglichkeit auch die Ostblockstaaten berücksichtigt werden. Da diese,

ebenso wie die sowjetische Besatzungszone, neuerdings in größerem Umfange Zahlen über die Entstehung und Verwendung ihres „gesellschaftlichen Gesamtprodukts“ veröffentlichen, war eine eingehende Beschäftigung mit den von diesen Ländern verwendeten Methoden nötig.

5. Abstimmung der Statistik auf die volkswirtschaftlichen Erfordernisse

Bei der Neuberechnung des Sozialprodukts, der Aufstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und einer Reihe weiterer Arbeiten ergaben sich ständig neue methodologische und statistisch-praktische Probleme und damit zahlreiche Anregungen für die Verbesserung der laufenden und für den Aufbau der in Vorbereitung befindlichen Statistiken. Diese Anregungen konnten häufig bei der Gestaltung der rechtlichen Grundlagen, der Erhebungspapiere und der Aufbereitungsprogramme sowie bei der Weiterentwicklung der Systematiken berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang sei auf eine kurz vor dem Abschluß stehende Ausarbeitung hingewiesen, die für die einzelnen Wirtschaftszweige einen Katalog der von der amtlichen Statistik erfaßten Tatbestände über Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse bringt. Diese Übersicht dient u.a. der Abstimmung und Vervollständigung der statistischen Unterlagen, die für die Berechnung der Entstehung des Sozialprodukts, die Aufstellung der Produktionskonten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Darstellung der Marktverflechtungen gebraucht werden. Ähnliche Zusammenstellungen sind für andere Fragenkomplexe, wie z.B. die Darstellung der geld- und kreditwirtschaftlichen Verflechtungen, eingeleitet worden.

Für einige der in den Arbeitsgruppen der Europäischen Statistiker-Konferenz behandelten oder zu behandelnden allgemeinen Themen wurden - zusammen mit den Fachabteilungen - Verhandlungsunterlagen vorbereitet, so z.B. über „Statistiken für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung“ und über „Jahreszeitliche und andere wiederkehrende Einflüsse auf den Wirtschaftsablauf“.

6. Kostenstrukturuntersuchungen

Die 1950 erstmalig durchgeführten Untersuchungen der Kostenstruktur der ärztlichen und zahnärztlichen Praxen wurden - wiederum auf repräsentativer Basis - bei weitgehend gleichem Erhebungsprogramm für das Jahr 1954 wiederholt. Die Veröffentlichungen fanden weitgehendes Interesse, insbesondere bei den ärztlichen Berufsvertretungen und den Krankenkassen.

Für 1955 wurden auch im Milch- und Lebensmittel-Einzelhandel entsprechende Erhebungen durchgeführt, um die dort seit 1950 eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen zu ermitteln. Dabei sind diesmal auch die Gliederung des Wareneingangs nach Warengruppen und Bezugsquellen sowie die Anschaffung und der Verkauf von Anlagevermögen erfragt worden. Die Ergebnisse, die erst in einiger Zeit vorliegen werden, können wertvolle Anhaltspunkte für die Gestaltung des Erhebungsprogramms für zukünftige Kostenstrukturerhebungen bringen.

Über die Durchführung weiterer Kostenstrukturerhebungen, u.a. im Zusammenhang mit dem geplanten Handelszensus, aber auch für die Industrie, das Verkehrsgewerbe - insbesondere für den gewerblichen Güterverkehr auf Straßen - usw., ist inzwischen mehrfach mit Verbänden und Ministerien verhandelt worden. Die Ergebnisse der Kostenstrukturerhebungen bilden eine der wichtigsten Unterlagen für die Berechnung der Entstehung des Sozialprodukts.

7. Untersuchungen der deutschen Wirtschaftsstruktur

Im August 1956 wurde auf vielfache Anregung hin die 3. Auflage des Statistischen Berichts „Die Frau im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Bundesrepublik“ herausgegeben. Gegenüber der im November 1952 erschienenen 2. Auflage ist der Bericht durch neues Zahlenmaterial aus der Bevölkerungsstatistik (Wanderungen, Kriminalität), der Volks- und Berufszählung (Haushaltungen, Erwerbstätigkeit der Frauen), den Erhebungen über familieneigene Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, den Personalerhebungen im öffentlichen Dienst, der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, der Rentenerhebung u.a. erweitert und auf den neuesten Stand gebracht worden.

Eine Neuauflage der "Statistischen Unterlagen zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer" erschien im September 1956. Der Bericht legt vor allem Gewicht auf Zeitreihen über die Entwicklung derjenigen Tatbestände, die für die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben von besonderer Bedeutung sind, sowie auf die Entwicklung der Einnahmen selbst.

In Vorbereitung befindet sich eine Veröffentlichung über "Langfristige Reihen". Hierin soll das bisher im Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet erarbeitete Zahlenmaterial über längere Zeiträume zusammengefaßt werden. Es ist daran gedacht, bis 1871 zurückzugehen, soweit die statistischen Unterlagen das gestatten. Dieser Bericht soll u.a. zusätzliches Material für langfristige Voraus-schätzungen der Wirtschaftsentwicklung bereitstellen.

Außerdem wird an einer Veröffentlichung über "Bevölkerung und Wirtschaft" gearbeitet, die ein Bild des Aufbaues und der Entwicklung der Bevölkerung und der Stellung des Menschen im sozialen und wirtschaftlichen Leben geben soll.

Unterlagen über die Sowjetische Besatzungszone wurden in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen, dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und anderen Stellen gesammelt, geprüft und für das Statistische Jahrbuch zusammengestellt.

8. Auskunftsdienst

Der Auskunftsdienst wird zunehmend in Anspruch genommen. Besonders stark ist die Zahl der Firmenanfragen gestiegen, aber auch Markt- und Meinungsforschungsinstitute, ausländische Botschaften, Handelskammern und Konsulate holen sich in steigendem Maße Auskünfte.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung läßt regelmäßig in größerem Umfange Zahlenmaterial für Veröffentlichungen und andere Ausarbeitungen zusammenstellen und prüfen. So wurden u.a. für die 4. Auflage von "Deutschland heute" das gesamte Zahlenmaterial und für die neue Broschüre "Tatsachen über Deutschland" Text- und Tabellenteil überarbeitet.

Korrekturarbeiten für deutsche und ausländische Lexikon-, Kalender- und Jahrbuchverlage (wie z.B. Herder's Lexikon, Enßlin-Jugendkalender, International Yearbook und Statesman's Who's Who, Statesman's Year Book, Moody's Government and Municipal Manual, Encyclopaedia Britannica) sind fast ständig durchzuführen.

9. Allgemeine Verbindung zu internationalen Organisationen

Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland bei zahlreichen internationalen Organisationen führte auch auf statistischem Gebiet wieder zu einer intensiven deutschen Mitarbeit (siehe auch Teil A Abschnitt III dieses Berichts).

Die umfangreichen Dokumente und anderen Veröffentlichungen der internationalen Organisationen werden laufend ausgewertet. Das Statistische Bundesamt erhält dabei rechtzeitig Kenntnis von den Plänen zum Ausbau der internationalen Statistik sowie von den statistisch-methodischen Problemen, die im Ausland eine Rolle spielen, und von den Vorschlägen oder Empfehlungen, die auch die Entwicklung der deutschen Statistik beeinflussen können; es hat darüber hinaus die Möglichkeit, die deutschen statistischen Probleme und Auffassungen zur Diskussion zu stellen.

Die Ergebnisse dieser Arbeiten können nur in begrenztem Maße in den Veröffentlichungen sichtbar gemacht werden. In der Reihe „Allgemeine Statistik des Auslandes“ (Die Statistik in den internationalen Organisationen) wurde ein Überblick über die allgemeinen Aufgaben, den Aufbau und die statistische Tätigkeit der für die Entwicklung der internationalen Statistik maßgeblichen Organisationen und damit eine Vorstellung von den mannigfaltigen Beziehungen gegeben, die das gegenwärtige System der internationalen Statistik bestimmen. Dem ersten Heft „Weltorganisationen“ ist im vergangenen Jahr das Heft 2: „Regionale Organisationen“ gefolgt.

10. Allgemeine Auslandsstatistik

Bei den „Internationalen Monatszahlen“ und den Internationalen Übersichten im Statistischen Jahrbuch sind keine

wesentlichen Programmänderungen eingetreten. Zu den bisherigen Länderberichten über Kanada, Frankreich, die Niederlande und die Türkei sind Berichte über Italien, Japan und Australien hinzugekommen.

Ab 1957 erscheinen die Länderberichte für sämtliche bearbeiteten Länder nur noch einmal jährlich. Der Verzicht auf die bisherigen vierteljährlichen Berichte macht es möglich, eine größere Zahl von Ländern als bisher zu bearbeiten.

In Vorbereitung sind Berichte über Belgien-Luxemburg, Schweden, Südafrika, Ägypten, Indien, Indonesien, Brasilien, Argentinien und Chile.

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

=====

Die Landwirtschaftsstatistik ist durch Einführung der Landarbeitskräftestatistik erweitert worden. Im übrigen sind keine wesentlichen neuen Aufgaben zu verzeichnen. Die weitere Rationalisierung wurde durch Umstellung bisheriger Vollerhebungen auf repräsentative Methoden weiterhin gefördert; erstmals wurde die Viehzwischenzählung Juni 1956 repräsentativ durchgeführt. Die Vorarbeiten zur Umstellung der Bodenbenutzungserhebung auf repräsentatives Verfahren wurden fortgesetzt. Es wurden Untersuchungen darüber eingeleitet, inwieweit auf Grund der regionalen Verteilung der Stichprobenergebnisse innerhalb der Länder auch für Landesteile oder für größere Verwaltungsbezirke brauchbare Näherungswerte gewonnen werden können.

1. Bodenbenutzung, Ernte

Der Entwurf eines Gesetzes über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung sieht die Möglichkeit vor, bei verschiedenen Einzelerhebungen die repräsentative Methode anzuwenden, soweit sie zur Erzielung der notwendigen Angaben ausreicht; der Bundesernährungsminister soll ermächtigt werden, jeweils durch Rechtsverordnung die repräsentative Methode anzuordnen. Mit der Verkündung des Gesetzes kann im Laufe der nächsten Monate, jedoch nicht vor dem Termin der Bodenbenutzungserhebung gerechnet werden. Daher kann in diesem Jahr die Haupterhebung

noch ohne Rechtsverordnung nach repräsentativer Methode durchgeführt werden. Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten werden in diesem Jahr drei verschiedene Verfahren angewandt. Vom Jahre 1958 ab soll jedoch ein einheitliches Verfahren angewendet werden. Für die Anwendung repräsentativer Methoden bei der Vorerhebung und der Nacherhebung werden die Erfahrungen aus der diesjährigen Haupterhebung wichtig sein.

Die Ergebnisse der Erntevorschätzung Juni 1956 konnten bereits sehr frühzeitig veröffentlicht werden. Obwohl der hauptsächlich aus praktischen Landwirten bestehende amtliche Berichterstattdienst von rund 7 000 Personen besser fundierte Vorschätzungen abgeben kann als irgendeine andere Stelle, wurde eine vorsichtige Form der Veröffentlichung angewendet, zumal den Vorschätzungen keine Gewichtsfeststellungen zu Grunde liegen und durch Witterungseinflüsse noch nachträglich Änderungen eintreten können.

Wenn bei den Ernteschätzungen trotz der Schulungskurse usw. auch ein gewisser „Bias“ unvermeidlich ist, so folgt dieser gewissen gleichbleibenden Tendenzen und ist für die Beurteilung der Entwicklung nicht allzu erheblich. Zur Ermittlung der absoluten Erntehöhe ist das objektive Verfahren der Besonderen Erntermittlung nach wie vor erforderlich.

2. Gartenbau, Obst, Gemüse, Weinbau

Es ist in Aussicht genommen, im Herbst 1957 eine repräsentative Obstbaumzählung durchzuführen, um die zum Teil beträchtlichen Bestandsveränderungen in der Baumzahl bei der Erntermittlung berücksichtigen zu können.

Die Vorbereitungen der besonderen Apfelernterhebung sind nunmehr soweit vorgeschritten, daß mit ihrer allgemeinen Durchführung im nächsten Jahr gerechnet werden kann. Über die Durchführung einer Weinbaubetriebserhebung, die für 1957 vorgesehen war, konnte bisher noch keine einheitliche Meinung erzielt werden. Das Bundesernährungsministerium hat die weinbautreibenden Länder zu abgestimmten Stellungnahmen aufgefordert.

3. Viehzählungen

Bei der Allgemeinen Viehzählung im Dezember 1957 sollen die Schweine- und Hühnerbestände im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Nutzfläche dargestellt werden. Auf diese Weise hofft man sich über die Bedeutung der gewerblichen Schweine- und Hühnerhaltung zu unterrichten. Probearbeiten werden zur Zeit durchgeführt.

4. Milcherzeugung und Schlachtungen

Nach September 1957 können beide Statistiken nur weitergeführt werden, wenn bis dahin entsprechende Verordnungen in Kraft getreten sind. Die Verordnungsentwürfe sind im Fachausschuß „Landwirtschaftsstatistik“ abschließend beraten worden.

Für die Milcherzeugungsstatistik wird an der Verbesserung des bisherigen Verfahrens gearbeitet. Zugleich wird die Möglichkeit der Anwendung der repräsentativen Methode geprüft.

5. Statistik der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben

Trotz erheblicher Termschwierigkeiten haben die Statistischen Landesämter die für den Grünen Bericht und die Vorbereitung des Gesetzes über die Altersversicherung der Landwirte benötigten Ergebnisse der Grunderhebung (Juli 1956) rechtzeitig bereitgestellt.

Die Statistik, die nicht nur den Bestand an einem bestimmten Stichtage, sondern die monatliche Fluktuation wiedergibt, füllt eine bisherige Lücke unserer Kenntnis auf diesem wichtigen Gebiete. Leider ist der Erkenntniswert mancher Ergebnisse dadurch gemindert, daß die Arbeitskräfte und Arbeitsleistungen für die landwirtschaftliche Tätigkeit nicht gesondert ausgewiesen werden, sondern mit denen der hauswirtschaftlichen Tätigkeit zusammengefaßt sind. Das von einigen wissenschaftlichen Instituten angewendete Verfahren, durch einen globalen Abzug der auf die Hauswirtschaft entfallenden Arbeitskräfte zu der Zahl der eigentlich landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu kommen, ist nach Auffassung des Bundesamtes nicht ausreichend fundiert; weder enthält die Ausgangszahl die gesamte

hauswirtschaftliche Tätigkeit, was bei diesem Verfahren vorausgesetzt wird, noch wurde die abzuziehende Größe mit der erforderlichen Repräsentanz ermittelt. Ein weiterer Mangel des Verfahrens ist es, daß es nicht auf die einzelnen Personen übertragen werden kann, wodurch zusätzliche Gliederungen der Arbeitskräfte nach Alter, Geschlecht usw. undurchführbar werden.

6. Allgemeine Forsterhebung

Die endgültige Entscheidung über die Notwendigkeit einer allgemeinen Forsterhebung und über den evtl. Zeitpunkt liegt noch nicht vor. Da das Erhebungsprogramm zum Teil dieselben Fragen vorsieht, wie die Feststellung zur Einheitsbewertung des forstlichen Vermögens wird in Erwägung gezogen, die Forsterhebung entweder in zeitlicher Folge auf diese Feststellungen oder in direkter Verbindung damit, d.h. in Form einer statistischen Aufbereitung der Bewertungsunterlagen (Zweitschriften, die den Statistischen Landesämtern zur Aufbereitung zugehen) durchzuführen. Die Entscheidung hängt u.a. von dem Zeitpunkt der Hauptfeststellung der Einheitswerte ab, der bisher noch nicht feststeht.

7. Fischwirtschaft

Nach der Verordnung vom 8. August 1950 haben die Be- und Verarbeitungsbetriebe der Fischwirtschaft den obersten Landesbehörden Meldungen über die Verarbeitung von Fischen und die Herstellung von Fischwaren zu erstatten. Die Gegenstände dieser Meldungen stimmen im wesentlichen mit der Statistik über Verarbeitung von Fischen und Fischwaren überein, die 1951 vom Interministeriellen Ausschuß mit der Dringlichkeitsstufe III begutachtet und zurückgestellt wurde. Hier hat sich also die etwas seltsame Situation ergeben, daß eine als amtliche Statistik abgelehnte Erhebung nunmehr auf Grund einer besonderen Rechtsverordnung durchgeführt wird, obwohl es sich nach dem Charakter der Erhebung nicht um eine Geschäftsstatistik handelt.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

=====

1. Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe

Der Gesetzentwurf ist Anfang Februar im Bundestag an die Ausschüsse für innere Verwaltung und für Wirtschaftspolitik überwiesen worden. Der Bundesrat hatte zuvor im 1. Durchgang zwei Abänderungen vorgeschlagen. Außerdem hat er die Bundesregierung gebeten zu prüfen, ob gelegentlich der Arbeitsstättenzählung 1960 Einsparungen im laufenden Programm der Industriestatistik vorgenommen werden können. Zu dieser Anregung, die den Bestrebungen widerspricht, gerade das Zählungsprogramm mit Rücksicht auf die vorhandene laufende Industriestatistik einzuschränken, wird noch bei der Vorbereitung des Zählungswerkes 1960 Stellung zu nehmen sein.

Die viel umstrittene Frage der „Dienstberichterstattung“ ist so geregelt, daß eine Weiterleitung von Einzelangaben an die obersten Bundes- und Landesbehörden ohne Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen (d.h. also in Tabellenform) zugelassen ist, daß aber Einzelangaben unter Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen nur auf Anforderung in Einzelfällen zulässig sind. Die ursprüngliche Bestimmung, daß Angaben über Beschäftigte nicht als Einzelangaben behandelt werden sollen, ist im Laufe der Verhandlungen gefallen, wodurch die Auswertung der Industriestatistik für Zwecke der Raumordnung, der Standortpolitik und sonstiger regionaler Fragen leider beeinträchtigt wird.

2. Erhebung über die Nettoleistung der Industrie 1954

Mit der Durchführung dieser Erhebung wurde unmittelbar nach der verhältnismäßig späten Verkündung der Rechtsverordnung vom 12.1.1956 begonnen. Es konnte eine annähernd vollständige Beteiligung der angesprochenen Firmen erzielt werden. Auch bei dem nur einem Teil der Firmen zugestellten Ergänzungsbogen, gegen den wegen der Neuartigkeit der Fragestellung vielfach besondere Bedenken bestanden, war die Beteiligung fast lückenlos. Bei der Bearbeitung ergaben sich allerdings mancherlei

Probleme. Die Trennung der Ergebnisse für das Bundesgebiet und für Berlin (West) in Verbindung mit der Verwendung des Unternehmens als Erhebungseinheit erforderte z.B. bei Firmen mit Niederlassungen in Berlin (West) oft eingehende Verhandlungen zur Ausgliederung des westdeutschen Unternehmensteils. Bei der im Ergänzungsbogen vorgeschriebenen Aufteilung des Wareneingangs nach Materialarten waren zahlreiche Rückfragen notwendig, weil viele Firmen erklärten, die buchmäßigen Unterlagen nicht verfügbar zu haben, auch waren oft die Restposten dieser Aufteilung verhältnismäßig groß. Dies lag zum Teil daran, daß die Gliederung des Wareneingangs für die einzelnen Industriezweige naturgemäß an den Produktionsprozessen orientiert ist, während die als Erhebungseinheit dienenden Unternehmen oft mehrere Produktionsprozesse umfassen. In eingehenden Verhandlungen mit den Firmen wurden diese Unstimmigkeiten weitgehend behoben.

Die Ergebnisse des Hauptbogens, aus dem die Nettoproduktionswerte und Nettoquoten berechnet werden können, werden für die meisten Länder Ende Februar vorliegen. Für die Fertigstellung der Ergebnisse des Ergänzungsbogens über die Zusammensetzung des Wareneingangs der einzelnen Industriezweige läßt sich zur Zeit ein Termin noch nicht nennen.

3. Zusatzerhebung zum Industriebericht

Die Zusatzerhebung 1955 wurde ausnahmsweise erst im Frühjahr 1956 durchgeführt, weil bei verschiedenen Teilen dieser Erhebung die Klärung der Rechtsgrundlage längere Zeit beanspruchte. Die Zusatzerhebung 1956 wurde deshalb ausgesetzt.

a) Erhebung der Vertriebenenbetriebe und der beschäftigten Vertriebenen

Bei der Erfassung der beschäftigten Vertriebenen ergeben sich immer größere Schwierigkeiten, weil die Betriebe hierüber im allgemeinen keine Unterlagen besitzen und für die beschäftigten Vertriebenen auch keine Auskunftspflicht besteht. Die Ergebnisse müssen daher zum großen Teil auf Grund von Schätzungen

sowohl der Betriebe als auch der Statistischen Landesämter erstellt werden. Da diese von Jahr zu Jahr irrealer werden, sollten grundsätzlich die Zahlen der beschäftigten Vertriebenen nur für diejenigen Betriebe aufbereitet werden, die klare Angaben zu diesem Punkt gemacht haben. Da die Zuverlässigkeit der Ergebnisse immer problematischer wird, je mehr die Vertriebenen eingegliedert werden, sollte die Einstellung dieser Befragung ernsthaft erwogen werden.

b) Wasserversorgung der Industrie

An dieser Erfragung waren im Gegensatz zu den beiden früheren Erhebungen zwar erstmalig alle Länder beteiligt, jedoch infolge der Schwierigkeiten der Rechtslage nur für einen Teil der Fragestellung. Für das gesamte Bundesgebiet konnten daher vollständig nur die Angaben über den Wasserbezug erstellt werden, während die Angaben über die Wasserverwendung, die Ableitung des verbrauchten Wassers sowie das Kreislaufwasser jeweils nur für einen Teil der Länder vorliegen. Die Qualität der Ergebnisse hat sich gegenüber früheren Erhebungen gebessert.

c) Erhebung über die Arbeitszeitverhältnisse in der Industrie

Diese Erhebung mit ihren neuartigen und teilweise sehr komplizierten Tatbeständen hat besonders viel Arbeit verursacht. Vor allem ging es darum, den Begriff der Normalarbeitszeit, in der Erhebung „regelmäßige betriebliche Arbeitszeit“ genannt, einwandfrei abzugrenzen, da es sich bei den sozialpolitischen Bestrebungen nur um diese Arbeitszeit handelt. Diese Normalarbeitszeit ist aber nicht immer leicht von der tatsächlichen Arbeitszeit zu unterscheiden, z.B. dann nicht, wenn eine wegen schlechter Auftragslage verkürzte Arbeitszeit längere Zeit im Betrieb üblich ist. Es erwies sich daher in eingehenden Verhandlungen des hierfür eingesetzten Arbeitskreises als erforderlich, zu Kontrollzwecken neben der Normalarbeitszeit noch das Vorhandensein

eines Lohnausgleichs, die „Überstundengrenze“, die tatsächliche (bezahlte) Arbeitszeit sowie das Einführungsjahr einer etwaigen verkürzten Arbeitszeit zu erfragen. Die vorläufigen Ergebnisse konnten trotz beträchtlicher erhebungstechnischer Schwierigkeiten im Dezemberheft 1956 von „WiSta“ herausgebracht werden. Sie sind zwar, da sie sich auf den Stand von September 1955 beziehen, heute zum Teil überholt, aber trotzdem von grundsätzlichem Interesse, weil hier ein bisher nirgends vorhandenes umfassendes Bild der Arbeitszeitverhältnisse in der Industrie gegeben wird, wie sie der heutigen lebhaften Entwicklung auf diesem Gebiet zugrundeliegen.

d) Zusatzerhebung 1957

Über den endgültigen Umfang dieser Erhebung besteht zur Zeit noch keine Klarheit. Die Erfragung der Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe dürfte unerlässlich sein. Ob auch die beschäftigten Vertriebenen zu erfragen sind, ist nach dem oben Dargelegten noch problematisch. Auch die Erhebung der Wasserversorgung ist für 1957 noch fraglich. Verschiedentlich ist erwogen worden, in der Beschäftigtenzahl die Position „Tätige Inhaber und Angestellte“ einmalig aufzugliedern nach 1. tätigen Inhabern, 2. kaufmännischen Angestellten, 3. technischen Angestellten. Hierbei soll die besondere Ausweisung der tätigen Inhaber Anhaltspunkte für einen besseren Vergleich zwischen der Angestelltenzahl und der ausgewiesenen Gehaltssumme und die Aufteilung der Angestellten einen Einblick in die strukturellen Verschiebungen innerhalb der Angestelltenschaft zumindest gegenüber der Vorkriegszeit ermöglichen, der vor allem im Hinblick auf die neuere technische Entwicklung von Interesse ist.

4. Weitere Arbeiten am Industriebericht und am Baubericht

Die Arbeiten an der Reform der fachlichen Gliederung des Industrieberichts wurden fortgesetzt. Seit Januar 1957 wird auch nummerungstechnisch deutlich zwischen

Industriegruppen (immer zweistellig) und Industriezweigen (immer vierstellig) unterschieden, wodurch die Systematik des Industrieberichts an Klarheit gewonnen hat. Durch den Übergang zu einer vierstelligen Nummerierung der Industriezweige ist es im Bedarfsfall möglich, eine Industriegruppe künftig auch in mehr als neun Zweige zu unterteilen, ohne daß unübersichtliche und aufbereitungstechnisch umständliche Notlösungen zu Hilfe genommen werden müssen. In der dritten und vierten Stelle wurde, soweit es sachlich geboten erschien, die bisher starre Bindung an das sechstellige Warenverzeichnis für die Industriestatistik gelöst, da für die Warengliederung und die institutionelle Gliederung nicht in jeder Stufe ihrer Gliederungstiefe die gleichen Gesichtspunkte gelten. Hierdurch kann berechtigten Wünschen auf eine verfeinerte fachliche Gliederung des Industrieberichts in Zukunft leichter entsprochen werden. Derartige Verfeinerungen sind auch zu Beginn des Jahres 1957 wiederum in einigen Industriegruppen (Sägerei und Holzbearbeitung, Ernährungsindustrie, tabakverarbeitende Industrie) vorgenommen worden.

Im Januar 1957 ist erstmals auf die doppelte Aufbereitung des Industrieberichts verzichtet worden, die bisher jeweils zu Beginn des Jahres im Zusammenhang mit der „Firmenkreisbereinigung“ vorgenommen wurde. Der Wert der doppelten Aufbereitung war ohnehin etwas problematisch, weil der festgestellte „Firmenkreissprung“ ein Konglomerat aus echten und aus bloß erhebungstechnischen Veränderungen war.

Auf dem Gebiet der Bauberichterstattung hat das Statistische Bundesamt nach der Berechnung von durchlaufenden Reihen für das Bundesgebiet inzwischen mit Zustimmung der Länder auch für die Länder derartige Reihen für die Jahre 1949 bis 1955 berechnet und veröffentlicht. Seitdem berechnen die Statistischen Landesämter ihre durchlaufenden Reihen selbst. Die durchlaufende Reihe für das Bundesgebiet wird durch bloße Addition der Länderreihen gewonnen.

5. Handwerkszählung 1956

Die Vorbereitungen zur Handwerkszählung 1956, über die in der letzten Beiratstagung ausführlich berichtet wurde, haben sich bis in den Sommer 1956 hingezogen, da das Gesetz für diese Zählung erst am 12.6.1956 verabschiedet wurde. In der Fragestellung und in der Gliederung des Tabellenprogramms hat sich durch die Beratungen in den gesetzgebenden Körperschaften nichts Wesentliches geändert. Infolge der zeitlichen Verzögerung konnten die Erhebungspapiere erst mit zweimonatiger Verspätung gegenüber dem Erhebungstermin (31.5.1956) ausgegeben werden, so daß die Ausfüllung in die Urlaubs- und Erntezeit fiel, was weitere zeitliche Verzögerungen beim Eingang der Erhebungspapiere zur Folge hatte. Der Termin für die ersten Ergebnisse hat sich daher auf etwa April 1957 verschoben. Die Mitarbeit der Handwerkskammern in den einzelnen Ländern hat sich im ganzen bewährt; vor allem hat sie sich bei der Bereinigung des aus den Handwerksrollen stammenden Adressenmaterials als nützlich erwiesen.

C. Produktionsindex

Seit April 1956 wird der im letzten Bericht angekündigte, mit den Nettoproduktionswerten des Jahres 1950 gewichtete Produktionsindex laufend veröffentlicht. Die frühere Berechnung auf Grund der Nettoproduktionswerte des Jahres 1936 ist eingestellt worden, doch sind Vergleiche mit der Vorkriegszeit (1936 und 1938) auch mit dem neuen Index möglich. Die Neuberechnung, die das detaillierte statistische Material des Jahres 1950 zur Grundlage hat, zeichnet sich vor allem durch eine bessere Repräsentation aus (383 Einzelreihen). Im Laufe des Jahres 1956 haben auch verschiedene Statistische Landesämter ihre Indexberechnungen auf das Gewichtungsjahr 1950 umgestellt. Bei der Umstellung wurde auf weitgehende methodische Vergleichbarkeit mit dem im Statistischen Bundesamt berechneten Produktionsindex geachtet. Aufbauend auf dem Neuberechneten, verbesserten Produktionsindex wird das Statistische Bundesamt demnächst eine Neuberechnung der Indexziffern des

Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde bzw. je Beschäftigten vorlegen. Auch bei dieser Berechnung wird es möglich sein, nach dem Übergang auf eine Nachkriegsbasis eine höhere Zahl von Industriegruppen als bisher zu erfassen.

7. Statistische Erfassung der Produktion von Rüstungsgütern

Im Zuge des Aufbaus der Verteidigungskräfte muß in diesem Jahr auch mit dem Anlaufen einer Rüstungsproduktion gerechnet werden. Um die statistische Erfassung dieser Güter, deren Produktionswerte im statistischen Gesamtbild nicht fehlen dürfen, sicherzustellen, ist beabsichtigt, die entsprechenden Positionen in einer besonderen Liste als Anhang zum „Warenverzeichnis für die Industriestatistik“ aufzunehmen, die nur den Herstellern von Rüstungsgütern zugeht.

8. Textilstatistik

Die Anfang 1955 in die amtliche Produktionsstatistik überführte Textilstatistik ermittelt neben der Produktion auch den Versand und Bestand an Textilerzeugnissen sowie den Zugang, Verbrauch und Bestand an Textilrohstoffen. Da diese Tatbestände über das Normalprogramm der Produktionsstatistik hinausgehen, bedarf die Textilstatistik einer speziellen Rechtsgrundlage. Bei der Vorbereitung eines Verordnungsentwurfs wurde die Möglichkeit einer Einschränkung dieser Statistik, entweder durch Kürzungen des Erhebungsprogramms oder durch Übergang zur vierteljährlichen Periodizität, diskutiert. Wenn auch der Wunsch nach Vereinfachung allgemein als berechtigt anerkannt worden ist, konnte eine spürbare Einschränkung zur Zeit noch nicht erreicht werden; allerdings soll diese Frage nach Ablauf der dreijährigen Geltungsdauer der Verordnung erneut behandelt werden. Nach dem derzeitigen Stand sieht der Verordnungsentwurf im wesentlichen die Fortführung der Statistik im bisherigen Umfang und in unveränderter Periodizität vor.

9. Energiestatistik

Die am 22. November 1956 erlassene Verordnung über

die Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft regelt die monatlichen bzw. jährlichen Erhebungen bei den Unternehmen für die öffentliche Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie bei den übrigen Unternehmen, die Strom- und Gaserzeugungsanlagen besitzen. Die früher im Zusammenhang mit dem „Energienotgesetz“ von den regionalen Lastverteilern übernommenen Aufgaben der Aufbereitung der Monatsergebnisse wird, nachdem dieses Gesetz außer Kraft getreten ist, vielleicht in einigen Ländern künftig auf die Statistischen Landesämter übergehen. Ferner wird durch die Verordnung ermöglicht, die letztmalig 1950 durchgeführte Statistik über Gasgeneratoren-Anlagen in der Industrie nunmehr zu wiederholen.

V. Handels- und Verkehrsstatistik

=====

1. Außenhandel

Während des vergangenen Jahres sind die Entwürfe für das Gesetz über den grenzüberschreitenden Warenverkehr (AHStatGes) und für die Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz (AHStatDV) fertiggestellt worden. Das Gesetz hat die gesetzgebenden Körperschaften durchlaufen und wird verkündet werden, wenn geklärt ist, ob und in welcher Form in dem Gesetz der Tatsache Rechnung getragen werden muß, daß seine Wirksamkeit sich vorläufig nicht auf das Saarland erstrecken kann. Die Durchführungsverordnung wird dem Bundesrat so früh wie formal irgend möglich zugeleitet werden.

Es laufen Arbeiten zur Klärung der Frage, in welcher Form die Auslandsbezüge des Bundesministeriums für Verteidigung und seiner Organe in die Erhebung zur Außenhandelsstatistik und in deren Darstellung einbezogen werden müssen.

Zur Zeit wird geprüft, ob eine Rationalisierung der Außenhandelsstatistik dadurch erreicht werden kann, daß die Anmeldescheine mit Werten unter 500 DM künftig nach einem Stichprobenverfahren aufbereitet werden.

2. Binnenhandel

a) Groß- und Einzelhandelsstatistik

In die Statistik des Großhandels sind eine Reihe weiterer Großhandelszweige sowie die Einkaufsvereinigungen mit einbezogen worden. Damit wird ein großer Teil des gesamten Bereichs des Binnengroßhandels erfaßt; wesentliche Lücken bestehen noch insofern, als vor allem der Kohलगroßhandel, der Großhandel mit Mineralöl, sowie der Großhandel mit Textilrohstoffen und -halbwaren noch nicht einbezogen sind. Auf den genannten Gebieten werden statistische Erhebungen bereits durchgeführt. Sie liefern allerdings keine Wertzahlen und weichen methodisch insofern ab, als es sich hierbei um Warenstatistiken und nicht um Unternehmungsstatistiken handelt.

Die Verordnung über die Großhandelsstatistik muß bis zum 26. Juni 1957 erneuert werden. Die Fragestellung soll parallel zu der Fragestellung in der Einzelhandelsstatistik auf eine jährliche Erfassung der Wareneingänge ausgedehnt werden.

Die Einzelhandelsstatistik hat mit der Verordnung vom 24. November 1956 ihre neue Rechtsgrundlage erhalten. Eine Erweiterung liegt insofern vor, als jährlich auch Fragen nach dem Wareneingang und dem Wert der Lagerbestände einbezogen worden sind.

b) Handels- und Gaststättenzählung

Eine der Voraussetzungen für die Durchführung des vom Statistischen Beirat befürworteten Handelszensus ist damit geschaffen worden, daß das Bundesfinanzministerium sich mit der Herausgabe der Adressen aus der Steuerstatistik einverstanden erklärt hat. Damit dürfte sachlich der Durchführung einer Handels- und Gaststättenzählung im Jahre 1958 nichts im Wege stehen. Es ist vorgesehen, durch eine Postkartenvorerhebung zunächst die Filialzahlen und Betriebsgrößen zu ermitteln, um u.a. in der Haupt-

erhebung den kleinen Betrieben ein eingeschränktes Frageprogramm vorlegen zu können. Eine repräsentative Anschlußerhebung soll außerdem einzelne Kosten- und Bilanzdaten ermitteln. Zunächst wird sich der Fachausschuß mit der Angelegenheit noch eingehend zu befassen haben, damit der Entwurf einer Rechtsgrundlage vorbereitet und rechtzeitig eingebracht werden kann.

3. Verkehr

Für die Binnenschiffahrts- und Seeschiffahrtsstatistiken sind die Gesetzentwürfe den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet worden.

a) Systematiken

Im vergangenen Jahr sind unter maßgeblicher Mitarbeit der Bundesrepublik durch die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt (ZKR) unter Beteiligung der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) die Vorarbeiten für ein internationales Güterverzeichnis für die Rheinschiffahrtsstatistiken abgeschlossen worden. Dieses Verzeichnis soll auch den Statistiken der Binnenschiffahrt auf den übrigen Binnenschiffahrtswegen in den beteiligten Ländern zugrundegelegt werden.

Im Laufe des nächsten Jahres soll das allgemeine deutsche Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken auf das internationale Güterverzeichnis für die Rheinschiffahrtsstatistiken abgestimmt werden, damit die Vergleichbarkeit und die Addierbarkeit der Güterverkehrsstatistiken der verschiedenen Verkehrsträger gesichert bleibt.

Für die Seeschiffahrtsstatistiken wurde ein neues Verzeichnis der Häfen des Auslandes für die Verkehrs- und Außenhandelsstatistik durch das Bundesverkehrsministerium, Abt. Seeverkehr, und das Statistische Bundesamt gemeinschaftlich bearbeitet und herausgebracht.

b) Güterbewegungsstatistiken

Im Verlauf des vergangenen Jahres sind die aus Kostengründen manuell durchgeführten Aufbereitungsarbeiten an einer Statistik der Güterbewegung im Fernverkehr auf Straßen soweit fortgeschritten, daß eine erste Veröffentlichung ihrer Ergebnisse im Laufe dieses Jahres möglich sein wird.

Die Repräsentativstatistik über den gesamten Güterverkehr auf Straßen soll für das Jahr 1958 wiederholt werden, wobei gegenüber den entsprechenden Statistiken für die Jahre 1950 und 1952 insofern eine Erweiterung vorgesehen ist, als gewisse Fragen über die Höhe der direkten Kosten des Güterverkehrs auf Straßen mit geklärt werden sollen. Die Ergebnisse dieser Erhebung sollen kombiniert mit einer Untersuchung der Kostenstruktur im gewerblichen Güterverkehr auf Straßen (siehe Teil B Abschnitt II b) einen Beitrag zu den bereits seit längerem laufenden Selbstkostenuntersuchungen im Verkehr liefern.

Die Hindernisse, die einer Veröffentlichung der Statistik der Güterbewegung auf Eisenbahnen entgegenstanden, sind inzwischen überwunden worden. Die Zusammenstellungen für 1954 und 1955 werden in einigermaßen kurzer Folge bis zum Sommer 1957 veröffentlicht werden.

Es ist ferner beabsichtigt, durch Zusammenfassung der Statistiken der Güterbewegung auf den Eisenbahnen, auf Straßen (Fernverkehr), auf Binnenwasserstraßen und im Seeverkehr eine Gesamtstatistik der Güterbewegungen erstmalig für 1955 zu veröffentlichen.

c) Zählung der Gemeindestraßen

Der Plan, eine Zählung der Gemeindestraßen durchzuführen, ist zunächst daran gescheitert, daß eine Koordinierungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern vom Sonderausschuß Statistik der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer abgelehnt wurde. Das Bundesverkehrsministerium beabsichtigt, dieser Erhebung eine Rechtsverordnung

zugrunde zu legen.

d) Statistik über Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge

Auch die geplante Repräsentativstatistik zur Ermittlung der Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge ist zunächst vom Sonderausschuß Statistik als nicht notwendig bezeichnet worden, weil dieser Ausschuß - im Gegensatz zu den fachlich beteiligten Gremien - der Auffassung ist, daß die Ergebnisse dieser Erhebung keine ausreichende Aussagekraft besitzen, wobei der Sonderausschuß insbesondere auf die Unmöglichkeit hinwies, zuverlässige Ergebnisse für Städte zu ermitteln.

e) Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Die Statistik der Straßenverkehrsunfälle soll im Laufe des nächsten Jahres revidiert werden mit dem Ziel, die Merkmale der einzelnen Abschnitte des Meldeblattes, besonders über die Art der Verkehrsteilnahme, der Unfallursachen und der Unfallfolgen einander zuordnen zu können und neue wichtige Merkmale hinzuzufügen. Es ist beabsichtigt, diese Neuordnung ab Januar 1958 einzuführen. Probeweise wird diese Verfeinerung des Verfahrens in Baden-Württemberg bereits angewandt. Die Entscheidung über den Termin der beabsichtigten Umstellung muß allerdings davon abhängig gemacht werden, ob die sich dabei ergebenden Störungen im zeitlichen Vergleich zu dem zu wählenden Zeitpunkt mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Straßenverkehrspolitik tragbar sind.

f) Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs

Die Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs hat insofern eine Änderung erfahren, als der Paßkontrolldienst seit Mai 1956 die Reisenden größtenteils nur noch bei der Einreise zählt.

VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens,
Sozialstatistik

1. Preise, Lebenshaltung

Der Entwurf des Gesetzes über die Preisstatistik ist bereits in den Koordinierungsausschüssen behandelt worden und wird den gesetzgebenden Körperschaften in der nächsten Zeit zugeleitet. Es ist anzunehmen, daß die Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode erfolgen wird.

a) Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Bei den Erhebungen von Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte wird vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Zusammenhang mit dem Landwirtschaftsgesetz eine zusätzliche Erfassung von Durchschnittserlösen gewünscht. Soweit hierzu Unterlagen nicht schon vorliegen (z.B. für Schlachtvieh), sollen für wichtige Erzeugnisse, wie Getreide, Gemüse und Obst, künftig auch die aus dem Gesamtumsatz errechneten Durchschnittserlöse je Wareneinheit erfragt werden. Die laufende Ermittlung der Preise bestimmter Sorten und Qualitäten genügt dem Ministerium nicht, weil vor allem die Ernten qualitativ nicht laufend gleich ausfallen und allein aus einem Vergleich der Preise bestimmter Qualitäten Fehlschlüsse auf die landwirtschaftlichen Erlöse gezogen werden können. Erste Vorbesprechungen mit den zuständigen Verbänden haben stattgefunden.

Ebenfalls wird auf Wunsch des Bundesernährungsministeriums im laufenden Jahr die Berechnung eines Erzeugerpreisindex für Blumen- und Zierpflanzen in Angriff genommen. Es handelt sich um eine kleine Statistik, zu der die Landesgartenbauverbände die Berichtsstellen vorschlagen.

b) Großhandelsverkaufspreise

Die Arbeiten zur Berechnung eines Index der

Großhandelspreise, der das System der bisherigen Indexberechnungen vervollständigen soll, sind im vergangenen Jahr gut vorangekommen. Hierzu sollen Verkaufspreise des Großhandels gegenüber dem Einzelhandel oder gewerblichen Verbrauchern bei rund 1 000 Berichtsstellen in etwa 55 Branchen monatlich bzw. (für Markenartikel) vierteljährlich erfaßt werden. Als Indexbasis ist 1954 vorgesehen, das sich wegen seiner relativ ausgeglichenen Preislage hierfür empfiehlt. In einer Reihe von Branchen sind die Erhebungen bereits angelaufen.

c) Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Beim Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel, der bisher vierteljährlich berechnet wurde, benötigt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten künftig monatliche Zahlen. Die dadurch bedingte teilweise Erweiterung des Erhebungsumfangs soll insofern aufgefangen werden, als zu den monatlichen Meldungen jeweils nur eine (gestaffelte) Auswahl von Betrieben herangezogen wird. Für Januar 1957 wurden die Erhebungen in diesem begrenzten Rahmen erstmalig durchgeführt.

d) Ausfuhrpreise

Die Vorarbeiten zu einem Index der Ausfuhrpreise sind seit geraumer Zeit im Gange. Gewisse Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß manche Betriebe aus Konkurrenzgründen wenig Neigung zeigen, ihre tatsächlichen Verkaufspreise mitzuteilen. Andererseits sind überwiegend Preise für industrielle Fertigwaren anzugeben, die oft auf Bestellung angefertigt werden und je nach dem Auftrag und dem Käuferland in der Ausführung schwanken. Es ist daher nicht leicht, die Preisreihe auf der Linie der gleichbleibenden Qualität zu halten. Die Vorbereitungsarbeiten werden jedoch wahrscheinlich im laufenden Jahr abgeschlossen werden können.

e) Baupreise

Die methodischen Grundlagen des Baupreisindex werden zur Zeit einer Revision unterzogen. Es sollen künftig Preise für Bauleistungen, welche Bauindustrie und Bauhandwerk auf dem Baumarkt anbieten, bei ausgewählten Betrieben erfragt werden. Hierbei kommt es auf Preise für realisierte Arbeiten an. Angebotspreise sollen nicht herangezogen werden. Aus den vierteljährlich zu meldenden Preisen werden Meßziffern für die einzelnen Leistungen berechnet, die unter Verwendung verschiedener Wägungsschemata zu Bauindices zusammengefaßt werden. Vorgesehen sind Indices für verschiedene Gebäudetypen, für Arten von Bauarbeiten und für Branchen der Bauwirtschaft sowie für die Bauwirtschaft insgesamt. Zur Zeit laufen Besprechungen mit den Fachverbänden der Bauwirtschaft, um die etwa 120 Bauleistungen, deren Preise erhoben werden sollen, ausführlich zu beschreiben. Gleichzeitig wurde mit der Auswahl der etwa 2 300 Berichtsstellen begonnen.

Die Arbeiten an dem Wägungsschema sind ebenfalls in Angriff genommen worden. Das Leistungsverzeichnis und die für die Berechnung der einzelnen Indexziffern ausgewählten Wägungszahlen werden nach Fertigstellung dem zuständigen Fachausschuß zur Beratung vorgelegt.

f) Wirtschaftsrechnungen

Bei der Statistik der Wirtschaftsrechnungen wurde die Vorbereitung einer neuen Rechtsgrundlage in Angriff genommen. Der inzwischen fertiggestellte Vorentwurf eines Gesetzes sieht neben weiterhin monatlich durchzuführenden Erhebungen in ausgewählten Bevölkerungsgruppen auch repräsentative Erhebungen bei den Haushaltungen aller Bevölkerungsgruppen vor, die in mehrjährigen Abständen stattfinden sollen und durch Rechtsverordnung besonders angeordnet werden. Die Angelegenheit wird demnächst im Fachausschuß zu behandeln sein.

Die im Auftrag der Hohen Behörde durchzuführenden Wirtschaftsrechnungen in Haushaltungen von Arbeitern der Montan-Industrie nehmen ihren planmäßigen Verlauf. Mit Ergebnissen ist gegen Jahresende zu rechnen.

2. Löhne, Gehälter

Mit dem Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 haben die Lohnstatistiken eine den Vorschriften des Statistischen Gesetzes entsprechende neue Rechtsgrundlage erhalten.

a) Laufende Verdiensterhebungen

Die laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel wurde erstmals im Februar 1957 nach den neuen Bestimmungen durchgeführt.

Die in den Ländern des Bundesgebietes mit Ausnahme von Hamburg und Bremen durchzuführende laufende Verdiensterhebung in der Landwirtschaft wird erstmalig im März 1957 stattfinden. Sie erfaßt in rund 6 vH (nach der LBZ 1949) der Betriebe ab 20 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche die Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten für ausgewählte wichtige Arbeitergruppen. Für die getrennt nach dem Geschlecht zu erfassenden Arbeitskräfte in Hausgemeinschaft sollen der Barverdienst einschließlich aller gezahlten Zuschläge und Zulagen sowie die gesetzlichen Abzüge im Monat erfragt werden. Für die Arbeiter außerhalb der Hausgemeinschaft werden die Arbeitszeit und der Barverdienst einschließlich aller gezahlten Zuschläge und Zulagen sowie die gesetzlichen Abzüge erfragt. Naturalverdienste werden nicht erfaßt, in der Auswertung aber auf Grund der Ergebnisse der Lohnstrukturerhebung in der Landwirtschaft 1953 mit dargestellt.

Die ebenfalls durch das Gesetz über die Lohnstatistik angeordnete laufende Verdiensterhebung im Handwerk soll über die Entwicklung der Verdienste der Gesellen in ausgewählten Handwerkszweigen Aufschluß geben. Sie ist jeweils für die Monate Mai und November, und zwar auf repräsentativer Grundlage durchzu-

führen. Da die Ergebnisse der Handwerkszählung 1956, die für die Auswahl der Berichtsbetriebe erforderlich sind, erst im Mai 1957 zur Verfügung stehen werden, soll die erste Erhebung für den Monat November 1957 durchgeführt werden. Erhebungsplan, Fragebogen und Tabellenprogramm wurden vom Statistischen Bundesamt vorbereitet und sollen demnächst im Fachausschuß Preis- und Lohnstatistik beraten werden.

b) Gehalts- und Lohnstrukturerhebung

Die zunächst für 1956 vorgesehene Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft wird auf Grund der Ersten Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 7. Februar 1957 nunmehr für 1957 durchgeführt. Die Erhebung gliedert sich in zwei Teile: eine Erhebung über die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer im Oktober 1957 und eine Befragung über die Aufwendungen der Unternehmen für ihre Arbeitnehmer im Bilanzjahr 1957. Die Erhebungen wenden sich an eine zufällig bestimmte Auswahl von Unternehmen in Industrie und Handel. Die Vorbereitungen für den zweiten Teil sind soweit abgeschlossen, daß die Muster der Fragebogen und Erläuterungen Anfang 1957 bereits versandt werden konnten. Damit haben die befragten Unternehmen die Möglichkeit, das ganze Erhebungsjahr hindurch die Aufzeichnungen entsprechend der Fragestellung vorzunehmen.

c) Tariflöhne und -gehälter

Im August 1956 ist in der Reihe „Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen“ eine Zusammenstellung über Tariflöhne und Tarifgehälter in der Bundesrepublik erschienen. Sie enthält Lohnsätze aus 341 Lohn-tarifverträgen und Gehaltssätze aus 126 Gehalts-tarifverträgen. Dargestellt sind die tariflich festgesetzten Zeitlohnsätze nach Lohngruppen und Ortsklassen. Bei der Darstellung der tariflich festgesetzten Monatsgehälter der Angestellten sind

an Stelle der höchsten tarifmäßigen Altersstufe, die bei den Arbeitertarifen zugrundegelegt wurde, die tariflichen Anfangs- und Endgehälter nachgewiesen. Neben den Tariflohnsätzen gibt die Veröffentlichung auch Auskunft über wichtige tarifliche Regelungen.

Die Angaben beginnen mit dem Mai 1950 und zeigen die bis November 1955 eingetretenen Veränderungen. Die Veröffentlichung wird halbjährlich auf den neuesten Stand gebracht.

Die Berechnung eines Tariflohnindex wird z.Z. vorbereitet. Es ist vorgesehen, für Arbeiter und für Angestellte, getrennt nach dem Geschlecht, einen Gesamtindex sowie einen Index für jede Wirtschaftsgruppe zu berechnen. Der Index wird auf den ausgewählten Lohngruppen der in der Tariflohnstatistik nachgewiesenen Tarifverträge und zusätzlich einiger bedeutender Firmentarife aufgebaut. Für die Wägung werden die aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1951/52 vorliegenden Arbeiterzahlen Verwendung finden, wobei nicht allein die den betreffenden Tarifen unterliegenden, sondern sämtliche im Geltungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages beschäftigten Arbeitnehmer berücksichtigt werden.

3. Bau- und Wohnungswesen

a) Wohnungsstatistik 1956/57

Auf Grund des vom Bundestag einstimmig beschlossenen Gesetzes über die Wohnungsstatistik 1956/57 vom 17. Mai 1956 wurden die allgemeine und die 10 vH-Repräsentativerhebung am 25. September 1956 durchgeführt.

Eine Zusammenstellung der von den Statistischen Landesämtern gegebenen Voraussichten wurde dem Bundesministerium für Wohnungsbau bereits Ende 1956 vorgelegt. Hierbei handelt es sich jedoch um ungeprüftes Zahlenmaterial, das lediglich einer allgemeinen Orientierung des Ministeriums über die Ergebnisse der Erhebung dienen soll.

Als äußerster Termin für die Ablieferung der Tabellen der allgemeinen (totalen) Erhebung ist mit den Statistischen Landesämtern der 25.4.1957 vereinbart worden. Die Ergebnisse der repräsentativen (10 vH) Erhebung sollen bis Ende Juli 1957 vollständig vorliegen.

Die 1 vH-Zusatzerhebung soll nach dem Gesetz in den Monaten März bis Mai 1957 durchgeführt werden. Die Erhebungsmasse dieser Zusatzerhebung wurde als selbständige Stichprobe aus den Unterlagen der allgemeinen und repräsentativen (10 vH) Erhebung so ausgewählt, daß in jeder Gemeindegrößenklasse in 1 vH aller Wohnungen die darin lebenden Haushaltungen befragt werden. Dadurch ist es möglich, die repräsentative Zusatzerhebung nur in 2 725 Gemeinden zu konzentrieren, die von den Interviewern zurückzulegenden Wege und damit den Zeit- und Kostenaufwand auf ein Minimum zu beschränken, ohne den Zufallscharakter der Auswahl wesentlich zu beeinträchtigen.

Die Erhebungen werden bei den betreffenden Haushaltungen im Interviewverfahren durchgeführt, weil die notwendigen Feststellungen, wie z.B. die Ermittlung der Wohnabsichten oder Einkommensverhältnisse nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit auf dem schriftlichen Erhebungswege getroffen werden können. Die Werbung der für diese Zusatzerhebung benötigten Interviewer erfolgt durch die Statistischen Landesämter in Zusammenarbeit mit den zuständigen Gemeindebehörden. Die Unterweisung der Interviewer wird durch Vertreter der Statistischen Landesämter unter Teilnahme eines mit dem weiteren Ablauf der Erhebung und den Aufbereitungszielen vertrauten Vertreters des Statistischen Bundesamtes durchgeführt.

Den Interviewern werden Erhebungsblätter zur Verfügung gestellt, in welchen die von den Befragten gemachten Angaben an Hand eines Fragen- und Antwortenschemas festzuhalten sind. Die Aufbereitung

der Erhebungsblätter erfolgt lt. Gesetz über die Wohnungsstatistik 1956/57 zentral beim Statistischen Bundesamt.

b) Bautätigkeitsstatistik

Bei der Statistik der Baugenehmigungen wird ab 1957 auch die Bruttowohnfläche der Wohnungen ausgewiesen. Dadurch ist es möglich, die Entwicklung der Größe der zu bauenden Wohnungen frühzeitiger zu erkennen, als dies bisher an Hand der Baufertigstellungsstatistik möglich war.

Die Statistik der Bewilligungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau wurde den Bestimmungen des Zweiten Wohnungsbaugesetzes vom 27.6.1956 und der Richtlinien für den Einsatz der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau 1957 vom 3.12.1956 angepaßt. Künftig wird u.a. die Bildung von privatem Wohnungseigentum unter Ausgliederung des Wohnungseigentums der Geschädigtengruppen nach dem Lastenausgleichsgesetz sowie die Versorgung der einkommensschwachen Wohnungssuchenden mit Wohnraum erfaßt.

c) Wohnraumvergaben

Die statistische Erfassung der Wohnraumvergaben erstreckt sich nach der Verordnung über die Durchführung der Statistik der Wohnraumvergaben vom 22. Dezember 1956 nur noch auf die erstmalige Vergabe von Wohnraum des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues und entspricht im wesentlichen der Erfassung der Erstvergaben nach der Ende 1955 außer Kraft getretenen Verordnung.

4. Sozialstatistik

a) Öffentliche Fürsorge

Die mit der Abrechnung der Länder gegenüber dem Bund verbundene Statistik der öffentlichen Fürsorge wurde nach ihrer Umgestaltung vom 1.4.1956 ab in der neuen Form durchgeführt. Im Anschluß daran wurde im September 1956 erstmalig ein Ergänzungsnachweis der laufend Unterstützten der offenen Fürsorge und

Tbc-Hilfe auf der Grundlage einer 10 vH-Auswahl vorgenommen, dessen Ergebnisse z.Z. noch nicht vorliegen. Durch den Ergänzungsnachweis 1956 wird insbesondere die personelle und haushaltsmäßige Zusammensetzung der laufend unterstützten Parteien, ihre Zugehörigkeit zu wichtigen sozialen Gruppen sowie Art und Höhe ihres Unterstützungsbedarfs, der angeordneten Einkommen und der gezahlten Unterstützungsbeträge festgestellt.

Die bisherige Rechtsgrundlage der Fürsorge- und zugleich der Jugendhilfestatistik (Rechtsverordnung vom 25.10.1954) läuft am 31.3.1957 aus. Das Statistische Bundesamt ist wegen Klärung der künftigen rechtlichen Regelung bereits beim Bundesinnenministerium vorstellig geworden. Nach Mitteilung des Ministeriums soll die bisherige Rechtsverordnung erneuert und dabei der jährliche Ergänzungsnachweis berücksichtigt werden.

b) Erhebung der Lager und Lagerinsassen

Die Ergebnisse der im Juni 1955 durchgeführten einmaligen Erhebung der Lager und Lagerinsassen werden demnächst ausführlich veröffentlicht. Durch die Erhebung ist ein eingehendes Bild über die kriegsbedingten Lager und ihre Verhältnisse sowie insbesondere über die wirtschaftliche und soziale Situation der Insassen von Lagern mit Dauerbelegung als Grundlage für sozialpolitische Maßnahmen erbracht worden.

c) Sonstige Sozialstatistiken

Das Bundesministerium des Innern wird voraussichtlich noch auf die Durchführung einer einmaligen Erhebung der Anstalten und Heime der sozialen Hilfe, zu der der Fachausschuß Sozialstatistik bereits Ende 1954 Vorschläge ausgearbeitet hatte, zurückkommen.

Zur Ermittlung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Blinden und zwecks allgemeiner Regelung eines Pflegegeldes wird im Bundesministerium des Innern eine einmalige Blindenstatistik mit eingehender Erfassung der Kriegs- und Zivilblinden erörtert, deren Vorbereitung nach Klärung der Vorfragen ggf. dem Fachausschuß Sozialstatistik übertragen werden soll.

VII. Finanz- und Steuerstatistik

=====

1. Öffentliche Finanzen

- a) Die Jahresrechnungsstatistik von Bund, Ländern und Gemeinden ist im bisherigen Umfang auch für 1955 und 1956 durchgeführt bzw. in der Durchführung begriffen. Unter Mitwirkung des Unterausschusses "Methodik und Systematik der Finanzstatistik" sind Untersuchungen erfolgreich angestellt worden, wie für die Gemeinden unter 1 000 Einwohner brauchbare Ergebnisse bei starker Einschränkung des Arbeits- und Kostenaufwandes bei der Aufbereitung erzielt werden können.
- b) Eine Statistik des Personalstandes ist, abgesehen von der Erfassung der Bundesbediensteten, zum Herbst 1956 nicht durchgeführt worden; sie wird für den Herbst 1957 vorbereitet.
- c) Die Bilanzen und Erfolgsrechnungen der kommunalen Eigenbetriebe für Versorgung und Verkehr wurden für das Rechnungsjahr 1953 erhoben; die Ergebnisse sind im November 1956 als Quellenband veröffentlicht worden. Eine gleichartige Erhebung wird für 1954 durchgeführt und für 1955 vorbereitet.

2. Steuern

Das für 1954 und die folgenden Jahre aufgestellte Programm der Steuerstatistiken, nämlich der Statistik der Steuern vom Einkommen und der Umsatzsteuer, wird zur Zeit durchgeführt. Ergebnisse liegen aber erst für die Umsatzsteuerstatistiken für 1954 und 1955 vor. Die

Lohnsteuerstatistik 1955, die Einkommensteuerstatistik 1954, die Körperschaftsteuerstatistik 1954 und die Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953 werden im Laufe des Jahres 1957 fertiggestellt sein. Einkommensteuerstatistiken werden für die Jahre 1957 bis 1959 vorbereitet. Eine Umsatzsteuerstatistik wird auch für 1956 und die folgenden Jahre durchgeführt.

a) Gewerbekennziffer

Die Einführung der Gewerbekennziffer für die Steuerstatistiken hat sich bewährt. Die mit ihrer Hilfe vorgenommene gewerbliche Kennzeichnung der Steuerpflichtigen liegt bereits für die Umsatzsteuerstatistiken 1954 und 1955 vor. Anlässlich der Umsatzsteuerstatistik 1955 ist nunmehr in allen Ländern die Gewerbekennziffer um die Kennzeichnung der Zugehörigkeit zum Handwerk ergänzt worden. Maßgebend war hierbei die Eintragung in die Handwerksrolle.

b) Einkommen- und Lohnsteuerstatistiken

Für die Statistik der drei Einkommensteuern ist durch das Gesetz über die Statistiken der Steuern vom Einkommen vom 21. Januar 1956 eine Rechtsgrundlage geschaffen worden. Die nach diesem Gesetz zunächst durchzuführenden Erhebungen, nämlich eine Statistik der veranlagten Einkommensteuer und der veranlagten Körperschaftsteuer für das Kalenderjahr 1954 und eine Lohnsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1955, sind im Gange. Es ist zu erwarten, daß diese Erhebungen im Laufe des Jahres 1957 abgeschlossen werden können. Aus der Körperschaftsteuerstatistik liegen erste, wenn auch nur vorläufige Gesamtzahlen bereits vor. Das gleiche gilt, allerdings beschränkt auf einen Teil der Länder, auch für die Einkommensteuerstatistik.

Für die folgenden Jahre soll die Durchführung von Einkommensteuerstatistiken nach dem Wortlaut des Gesetzes durch Rechtsverordnung geregelt werden. Es ist geplant, die drei Einkommensteuerstatistiken in den Kalenderjahren 1957 bis 1958 in einge-

schänktem Umfang zu wiederholen. Die entsprechenden Vorbereitungen, vor allem für die zweckmäßige Anwendung des Stichprobenverfahrens, sind im Gange.

c) Einheitswert- und Vermögensteuerstatistik 1953

Ende 1956 waren die Arbeiten der Finanzämter für die Einheitsbewertung und Vermögensteuerhauptveranlagung 1953 im wesentlichen abgeschlossen. Da das im Laufe des Jahres eingegangene Material von den Statistischen Landesämtern bereits weitgehend bearbeitet worden ist, kann damit gerechnet werden, daß das Bundesergebnis in der ersten Hälfte des Jahres 1957 vorliegen wird. Eine neue Vermögensteuerhauptveranlagung in Verbindung mit einer Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens, für die wohl auch eine Statistik aufgestellt werden muß, wird voraussichtlich zum 1. Januar 1957 durchgeführt werden. Die zunächst für den 1. Januar 1957 in Aussicht genommene Hauptfeststellung der Einheitswerte des Grundbesitzes (land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen) muß, wie sich schon jetzt voraussehen läßt, auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

d) Statistik der Schadensfeststellung im Lastenausgleich

Für das Bundesausgleichsamt wird eine Statistik der Schadensfeststellung nach dem Feststellungsgesetz aufbereitet. Unter Zugrundelegung von Durchschriften der Bescheide oder Teilbescheide werden die für die Antragsberechtigten festgestellten Schäden an land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen und an Gegenständen, die für die Berufsausübung oder die wissenschaftliche Forschung erforderlich sind, sowie an Geldvermögen erfaßt, und zwar gegliedert nach Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden und Ostschäden und weiter untergliedert nach Vertreibungsgebieten und Bundesländern. Entsprechend dem Ablauf der Arbeiten bei den Lastenausgleichsämtern wird sich die Bearbeitung der Statistik etwa 4 Jahre hinziehen.

e) Umsatzsteuerstatistik

In der Umsatzsteuerstatistik 1955, deren erste Ergebnisse bereits veröffentlicht sind, wurden nur der Gesamtumsatz und der Betrag der Umsatzsteuervorauszahlung erfasst. Für die Umsatzsteuerstatistiken der Jahre 1956 bis 1958 ist eine Rechtsverordnung vorgesehen, deren Erlaß im Frühjahr 1957 zu erwarten ist. Die Erhebung für 1956 ist bereits im Gange. Sie ermittelt die gleichen Tatbestände wie die Statistik des Vorjahres und erfaßt zusätzlich 1 vH der steuerpflichtigen Umsätze. Die Aufbereitung nach der wirtschaftlichen Gliederung und nach Umsatzgrößenklassen soll im gleichen Umfang wie für 1955 erfolgen. Durch die Änderung des Umsatzsteuerrechts im vergangenen Jahr vermindert sich die Zahl der zu erfassenden Steuerpflichtigen erheblich. Es entfallen in den Erhebungen ab 1956 die Steuerpflichtigen mit nur landwirtschaftlichen Umsätzen und solche mit Gesamtumsätzen bis 8 000 DM. Diese Gruppen entsprechen rund einem Drittel der 1955 insgesamt erfaßten Steuerpflichtigen. Ihr Anteil am Umsatz beläuft sich jedoch nur auf rund 2 vH.

3. Kapitalmarkt und Bilanzen

- a) In der Statistik der Zahlungsschwierigkeiten werden die Statistischen Landesämter, zunächst einmalig für 1957, die Insolvenzen von Vertriebenen und Zugewanderten aufbereiten und eine entsprechende Frage nach der Vertriebenen- oder Zugewanderteneigenschaft des Gemeinschuldners in die bei den Amtsgerichten verwendeten Zählkarten ab 1.1.1957 aufnehmen.
- b) Die Statistik der Hypothekenbewegung wird in verkürzter Form fortgeführt werden; ab 1.1.1957 wird von der Erhebung der Sicherungshypotheken bei den Amtsgerichten und von der Aufbereitung solcher Grundpfandrechte abgesehen werden, die eine zusätzliche Sicherung von kurz- und mittelfristigen Krediten darstellen.

c) In der Bilanzstatistik werden zur Zeit die Abschlüsse für das Geschäftsjahr 1955 aufbereitet. Erste Ergebnisse konnten in diesem Jahr bereits einen Monat früher veröffentlicht werden als im vergangenen Jahr. Im Vordergrund steht dabei eine Untersuchung über die Finanzierungsmethoden, wobei die Ergebnisse der Vorkriegsstatistik zum Vergleich herangezogen wurden.

Die Quellenbände über die Bilanzen der Aktiengesellschaften erscheinen nunmehr jährlich. Der Band für das Geschäftsjahr 1954 ist im September 1956 veröffentlicht worden.

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

=====

1. Bevölkerungsstand und -entwicklung

Zahlen über die fortgeschriebene Wohnbevölkerung sind zum letzten Male für den 30.6.1956 veröffentlicht worden. Auf eine Veröffentlichung weiterer Fortschreibungsergebnisse wurde verzichtet, um eine Verwechslung mit den Ergebnissen der Wohnungsstatistik 1956/57 über den Bevölkerungsstand vom 25.9.1956 zu vermeiden. Nach den bisherigen Berichten kann die Feststellung der Wohnbevölkerung im Rahmen der Wohnungsstatistik als gelungen bezeichnet werden. Die Ergebnisse werden jedoch erst im April vollständig vorliegen. Ihre Veröffentlichung wird dann so schnell wie möglich in einem Gemeindeverzeichnis erfolgen. Außer den Bevölkerungszahlen für Bund, Länder, Kreise und Gemeinden wird das Verzeichnis auch solche für andere administrative Einheiten, wie z.B. Arbeitsamtsbezirke, Finanzamtsbezirke usw. enthalten. Die Aufgliederung der Angaben im Rahmen der Wohnungsstatistik nach dem Wohnsitz ermöglicht es, methodische Untersuchungen über die zweckmäßigsten Begriffsbestimmungen für die Abgrenzung der Wohnbevölkerung bei der Volkszählung 1960 vorzunehmen.

Die Ergebnisse der bereits 1952 durchgeführten Vorausberechnung der Bevölkerung wurden in der OEEC-Veröffentlichung „FUTURE POPULATION TRENDS IN MEMBER

COUNTRIES" abgedruckt. Die „optimistischen Annahmen“, welche für die Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit zu Grunde gelegt worden sind, wurden durch die Entwicklung weitgehend bestätigt; die vorausberechneten Zahlen nähern sich den tatsächlichen der fortgeschriebenen Bevölkerung stark an. Es bestand somit keine Veranlassung, die Berechnung zu revidieren. Da bei der Vorausberechnung die Wanderung nicht berücksichtigt werden konnte, erwies es sich als notwendig, die Ergebnisse nach dem Bevölkerungsstand vom 1.1.1955 umzurechnen.

Auf Grund eines Beschlusses des Bundestages vom 23. März 1953 wurde das Statistische Bundesamt beauftragt, Bevölkerungsbilanzen für die Ostgebiete des Deutschen Reiches und für die wichtigsten deutschen Siedlungsgebiete im Ausland aufzustellen. Die im Juli 1955 begonnenen Untersuchungen sind im wesentlichen abgeschlossen. Erste Ergebnisse wurden im Rahmen einer Veröffentlichung über die deutsche Bevölkerungsbilanz des 2. Weltkrieges in „Wirtschaft und Statistik“ mitgeteilt. Die Bekanntgabe weiterer Teilergebnisse steht bevor, Gesamtergebnisse werden noch im Laufe dieses Jahres erscheinen.

Im Zusammenhang hiermit ist auch der Versuch einer deutschen Bevölkerungsbilanz für den 2. Weltkrieg überarbeitet worden. Dabei wurden die Schätzungen über die Luftkriegstoten überprüft und die über die Toten der Wehrmacht erheblich verbessert.

2. Wanderungen

Für das Berichtsjahr 1955 wurden erstmalig die Wanderungen über die Ländergrenzen nach Gemeindegrößenklassen, Alter und Beruf der Personen in Wanderungen von Bundesland zu Bundesland und über die Bundesgebietsgrenzen aufgegliedert. Diese Ergebnisse werden in Kürze veröffentlicht. Für 1956 wurde wegen der Belastung durch die Wohnungsstatistik ein erheblich gekürztes Tabellenprogramm vorgesehen, bei dem vor allem die Auszählung nach dem Beruf fortgefallen und bei einigen Tabellen die Gliederung nach Personenkreisen

(Vertriebene) gekürzt worden ist. Es wird darüber zu entscheiden sein, ob diese Einschränkungen beibehalten werden.

Bei der Aus- und Einwanderungsstatistik ergaben sich erhebliche Schwierigkeiten hinsichtlich der Erfassung der Auswanderer über die Landgrenzen, die allerdings nur einen kleinen Prozentsatz aller Auswanderer ausmachen. Die Veröffentlichungen wurden daher ab 1.1.1956 im wesentlichen auf die Angaben über die Auswanderer, die den See- und Luftweg benutzen, beschränkt.

3. Erwerbsleben

Zur Beurteilung der voraussichtlichen Entwicklung der Arbeitskräfte wurde, ausgehend von 1955, die Zahl der Erwerbspersonen für eine Reihe von Jahren geschätzt. Die Unterlagen sind von unterschiedlicher Zuverlässigkeit, so daß die Berechnungen nur eine Vorstellung der Größenordnung der künftigen Erwerbspersonenzahlen vermitteln und in gewissen Zeitabständen überprüft und verbessert werden müssen. Über die Mithilfe in der Landwirtschaft wurden Untersuchungen zur Klärung der Frage der Teilbeschäftigung durchgeführt. Die künftige Durchführung des Mikrozensus läßt einen laufenden kurzfristigen Überblick über die Entwicklung des gesamten Erwerbslebens und eine Verbesserung der Vergleichsmöglichkeit mit der Erwerbstätigkeit des Auslandes erwarten. Die Arbeiten zur Ergänzung der Berufssystematik wurden fortgesetzt. Zur Entwicklung einer International Standard Classification of Occupations wurden umfangreiche Beiträge geleistet.

4. Gesundheitswesen, Sterblichkeit

Ein „Gesundheitsstatistischer Bericht der Bundesrepublik Deutschland 1954“ wurde im Auftrage des Bundesministeriums des Innern fertiggestellt. Er ist in deutscher und englischer Sprache verfaßt und gibt den interessierten Kreisen des In- und Auslandes einen Einblick in die wichtigsten Probleme unseres Gesundheitswesens.

Im Jahre 1956 wurde die Neubearbeitung des deutschen Verzeichnisses der Krankheiten und Todesursachen.

aufgenommen. Sie berücksichtigt die von der 7. Revisionskonferenz für das internationale Verzeichnis der Krankheiten und Todesursachen im Februar 1955 vorgeschlagenen Änderungen und Berichtigungen. Das deutsche Verzeichnis soll ebenso wie das internationale Verzeichnis ab 1.1.1958 in Kraft treten. Das vom deutschen Ausschuß für die laufende Bearbeitung des Verzeichnisses der Krankheiten und Todesursachen auf der Grundlage des internationalen Leichenschauscheinens vorgeschlagene Meldeformblatt ist nach Einführung in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Berlin (West) ab 1.1.1957 auch von Bayern und Schleswig-Holstein übernommen worden. Es wird angestrebt, diesen Leichenschauschein bzw. diese Todesbescheinigung, auch in den übrigen Ländern des Bundesgebietes einzuführen.

Eingehende Untersuchungen befaßten sich mit der Frage, ob eine neue allgemeine Sterbetafel aufgestellt werden sollte, nachdem Angaben über die Altersgliederung der Bevölkerung und die Gliederung der Sterbefälle nach Altersjahren jährlich zur Verfügung stehen. Wegen der außergewöhnlich hohen Grippesterblichkeit im Jahre 1953 wird jedoch der Zeitraum 1953/55 für unzuverlässig angesehen. Auch müssen die Ergebnisse der Wohnungsstatistik abgewartet werden. Falls sich dabei die fortgeschriebenen Zahlen über die Altersgliederung der Bevölkerung als genügend zuverlässig erweisen, soll Ende 1957 eine Sterbetafel für den Zeitraum 1954/56 vorgelegt werden.

In Ergänzung der allgemeinen Sterbetafel 1949/51 wurde eine Sterbetafel nach dem Familienstand aufgestellt, die in „Wirtschaft und Statistik“ besprochen wurde. Eine besondere Veröffentlichung erfolgt in Kürze.

Die Bearbeitung der Ergebnisse der Sonderauszählung über die Säuglingssterblichkeit für die Jahre 1946 bis 1951 wurde abgeschlossen. Hierbei wurden die Sterbefälle nach einem Tabellenprogramm ausgezählt, das gegenüber dem Standardprogramm stark erweitert ist. Die Veröffentlichung befindet sich im Druck. Es ist vorgesehen, diese Sonderauszählung - allerdings

in etwas abgekürzter Form - für 1952 und die folgenden Jahre fortzuführen. Für das Jahr 1955 wurden auch die Sterbefälle nach Berufen und ausgewählten Todesursachen ausgezählt. Die bereits vorliegenden Ergebnisse können voraussichtlich im Laufe dieses Jahres bearbeitet werden.

5. Vertriebenenstatistik

Im Rahmen der statistischen Aufbereitung der Anträge (2. Teil) zum Bundesvertriebenenausweis konnten die Tabellen für das Land Hessen abschließend bearbeitet werden. Die ersten Übersichten für Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg liegen gleichfalls vor. Es ist damit zu rechnen, daß die Arbeiten bis Ende 1957 abgeschlossen werden. In einem besonderen Arbeitsgang sind für die Gesamterhebung der Vertreibungsverluste die Anschriften aus den rund 6 Millionen Anträgen auf Suchdienstkartekarten übertragen worden. Diese Arbeiten werden bis zum 31. März 1957 nahezu abgeschlossen sein, nachdem Ende 1956 bereits mehr als 4,5 Millionen Suchdienstkarten fertiggestellt waren.

6. Rechtspflege

Für die „gerichtliche Kriminalstatistik“ über die von den Gerichten abgeurteilten und verurteilten Personen wurde die Bezeichnung „Strafverfolgungsstatistik“ eingeführt. Damit sollen die immer wieder auftretenden Verwechslungen mit der „polizeilichen Kriminalstatistik“, die die bekanntgewordenen und aufgeklärten Delikte sowie die ermittelten Täter zählt und von den Landeskriminalpolizeiämtern bzw. dem Bundeskriminalamt durchgeführt wird, vermieden werden.

Die Konferenz der Justizminister der Länder hat die Einführung einer einheitlichen Justizstatistik (Organisation, Besetzung und Geschäftsanfall der ordentlichen Gerichte in Zivil- und Strafsachen) beschlossen. Die Vorarbeiten, an denen das Statistische Bundesamt maßgeblich beteiligt ist, sind soweit fortgeschritten, daß für 1957 bereits mit Ergebnissen gerechnet werden kann.

Außerdem befindet sich eine Strafvollzugsstatistik in

Vorbereitung, für die das Statistische Bundesamt den Strafvollzugsreferenten der Länder ein Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm vorgelegt hat.

7. Wahlen

Es wird zur Zeit überlegt, wie bei der Bundestagswahl 1957 am zweckmäßigsten die in § 52 des Wahlgesetzes vorgesehene Repräsentativauszählung der Wähler nach Geschlecht, Alter und Stimmabgabe durchgeführt werden kann. Es soll hierbei dem Wunsche Rechnung getragen werden, auch noch für die kleineren Parteien brauchbare Ergebnisse zu erzielen. Zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1957 sollen in Kürze Ergebnisse der früheren Bundestags- und Landtagswahlen in der Gliederung nach Ländern und Bundestagswahlkreisen 1957 veröffentlicht werden. Außerdem ist eine weitere Veröffentlichung mit Strukturdaten für die Wahlkreise vorgesehen, die ebenfalls noch vor der Wahl erscheinen wird.

8. Schulen und Hochschulen

Die Schul- und Hochschulstatistiken wurden im Jahre 1956 wegen der geforderten Einsparungen stark eingeschränkt. Auf die Große Hochschulstatistik im Wintersemester 1956/57 wurde ganz verzichtet. In Anbetracht der zunehmenden Bedeutung der Schul- und Hochschulstatistiken wird die Wiederherstellung ihres vollen Programms notwendig sein.

In der Berufsschulstatistik ist das Individualzählverfahren im November 1956 in fünf Ländern mit Erfolg angewendet worden. Die für 1957 vorgesehene bundeseinheitliche Anwendung dieses Verfahrens ist infolge der Schwierigkeiten, die die Herbeiführung einer Rechtsgrundlage für die Koordinierung dieser Länderstatistik bereitet, noch in Frage gestellt.

Durch Einführung einer Statistik der Hochschulprüfungen im Herbst 1955 wurden erstmalig nach dem Kriege bundeseinheitliche Ergebnisse über die von den Studierenden an den wissenschaftlichen Hochschulen mit Erfolg abgelegten Prüfungen für sieben zurückliegende Semester erstellt. Die Ergebnisse wurden in Verbindung mit den Nachweisungen der Großen Hochschulstatistik zur Klärung

von Fragen des akademischen Berufsnachwuchses und für Vorausberechnungen künftiger Hochschulabschlüsse verwendet. Mehrere umfangreiche Gutachten zu den Problemen des Nachwuchses für wissenschaftliche, insbesondere technische und naturwissenschaftliche Berufe, wurden bearbeitet.

9. Mikrozensus

Der Gesetzentwurf zum Mikrozensus wurde am 1. Februar 1957 vom Bundestag in 2. und 3. Lesung angenommen. Er soll am 22.2.1957 abschließend vom Bundesrat im 2. Durchgang behandelt werden. Die Vorarbeiten zur ersten Durchführung des Mikrozensus, die wahrscheinlich im Herbst 1957 stattfinden kann, sind so gut wie abgeschlossen. Der 1 Prozent-Stichprobe der Wohnungsstatistik liegt bereits die für den Mikrozensus getroffene Gemeindeauswahl zugrunde.

Nachdem im Laufe der Vorbereitungsarbeiten die mit dem Mikrozensus gegebenen Möglichkeiten einer raschen, billigen und vertieften Erkenntnis sozialökonomischer Zusammenhänge bekannt wurden, sind seitens staatlicher Verwaltungsstellen eine Reihe von Wünschen und Vorschlägen für das Erhebungsprogramm an das Statistische Bundesamt herangetragen worden. Auch Verbände, wissenschaftliche Institute, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und andere Stellen suchen aus dem Interessenbereich ihrer sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Fragestellungen Verbindung mit dem Mikrozensus. Das Statistische Bundesamt prüft die methodischen und praktischen Möglichkeiten, diese Vorschläge und Wünsche in das Mikrozensusprogramm einzupassen.

Stand: Anfang Februar 1957

Übersicht

über den Stand der rechtlichen Fundierung des statistischen
Arbeitsprogramms

Sachgebiet	Gesetz		Verordnung	
	XX - verkündet X - bei gesetzgebenden Körperschaften	X - in (vorparlamentarischer) Beratung	XX - verkündet (gültig bis...) X - beim Bundesrat	X - in (vorparlamentarischer) Beratung
	1	2	3	4
I. Ernährung und Landwirtschaft				
1. Bodenbenutzung und Ernte				
Bodenbenutzungserhebung u. Ernteberichterstattung		X		
Nachprüfung der Bodenbenutzungserhebung für 1956 u. 1957			XX	
Besondere Ernteermittlung für 1955, 1956 u. 1957			XX	
2. Viehwirtschaft				
Viehzählung, Zwischenzählungen einschl. Nachprüfungen	XX			
Schlachtungen				X
Milcherzeugung u. -verwendung				X
3. Fischwirtschaft				
Fangergebnisse (Ausf. AO BML 1950 auf Grund d. Ges. von 1938)			XX	
Verarbeitung, Herstellung, Vorräte (auf Grund Fischgesetz 1955)			XX	
4. Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben			XX (31.7.1959)	
II. Industrie und Handwerk				
1. Industrie und Bauhauptgewerbe				
Eilbericht über den Auftrags- eingang (künftig durch Industriestat- Ges. abgedeckt)	X		XX (31.12.1957)	
Nettoleistungen der Industrie (einmalige Erhebung f. 1954)			XX	

Sachgebiet	Gesetz		Verordnung	
	XX - verkündet X - bei gesetzgebenden Körperschaften	X - in (vorparlamentarischer) Beratung	XX - verkündet (gültig bis..) X - beim Bundesrat	X - in (vorparlamentarischer) Beratung
	1	2	3	4
Arbeitszeitverhältnisse in der Industrie (einmalige Erhebung September 1955)			XX	
Elektrizitäts- u. Gaswirtschaft			XX (24.11.1959)	
Wasserversorgung u. Abwasserwesen der öffentlichen Hand				X
Textilwirtschaft				X
Holzwirtschaft				X
Eisen u. Stahl			XX (30.9.1957)	
Nichteisen- u. Edelmetalle			XX (30.9.1957)	
Düngemittel			XX (30.9.1957)	
Leder			XX (30.9.1957)	
Rohtabak			XX (30.9.1957)	
Lieferung u. Bestände an eingeführten festen Brennstoffen			XX (1.8.1959)	
2. Handwerk				
Vierteljährlicher Produktionsbericht - Ausgabe Handwerk - (z.Z.gem. § 16 StatGes)				0 ¹⁾
Handwerkszählung (einmalige Erhebung 1956)	XX			
III. <u>Handel und Verkehr</u>				
1. Außenhandel (Gesetz u. Durchführungsverordnung)	X			X
2. Binnenhandel				
Großhandel			XX (26.6.1957)	

¹⁾ 0 = Schaffung einer Rechtsgrundlage noch fraglich

Sachgebiet	Gesetz		Verordnung	
	XX - verkündet X - bei gesetzgebenden Körperschaften	X - in (vnrparlamentarischer) Beratung	XX - verkündet (gültig bis..) X - beim Bundesrat	X - in (vnrparlamentarischer) Beratung
	1	2	3	4
Einzelhandel			XX (29.11.1959)	
Interzonen- u. Berlinhandel (gem. § 11 der Interzonenhandelsverordnung v. 18.7.1951)				0 ¹⁾
Gaststätten- u. Beherbergungsgewerbe				X
3. Verkehr				
Binnenschifffahrt	X			
Seeschifffahrt	X			
Güterbewegung auf den öffentlichen Eisenbahnen		X		
Beförderungsleistungen im Güterfernverkehr (auf Grund Güterkraftverkehrsgesetz 1952)			XX	
Jahreserhebung über die nichtbundeseigenen Eisenbahnen, Straßenbahnen, Obus- u. Kraftomnibusunternehmen (neue laufende Erhebung)				X
Grenzüberschreitender Straßengüterverkehr				X
Grenzüberschreitender Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen				X
Beförderung von Personen zu Lande				X
Kraftfahrzeugfahrleistungen (einmalige Erhebung f. 1956)				X
Gemeindestraßen (einmalige Erhebung nach dem Stand v. 31.3.1956)				X
Straßenverkehrsunfälle			XX (31.7.1958)	
Zivile Luftfahrt			XX (1.11.1958)	
Fremdenverkehr			XX (5.2.1958)	

¹⁾ 0 = Schaffung einer Rechtsgrundlage nicht beabsichtigt

Sachgebiet	Gesetz		Verordnung	
	XX - verkündet X - bei gesetzgebenden Körperschaften	X - in (vorparlamentarischer) Beratung	XX - verkündet (gültig bis..) X - beim Bundesrat	X - in (vorparlamentarischer) Beratung
	1	2	3	4
<u>IV. Preise und Löhne, Bau-, Wohnungs- und Sozialwesen</u>				
1. Preise		X		
2. Wirtschaftsrechnungen		X		
3. Löhne	XX			
Arbeitsverdienste u. Arbeitszeiten bei ausgewählten Wirtschaftsabteilungen (Sondererhebung Okt. 1957)			XX	
4. Bau- und Wohnungswesen				
Bautätigkeit			XX (9.10.1959)	
Wohnraumvergaben			XX (28.12.1959)	
Wohnungszählung (einmalige Erhebung 1956/57)	XX			
5. Sozialwesen				
Öffentliche Fürsorge u. Jugendhilfe			XX (31.3.1957)	
Pflegerische Einrichtungen (Anstalten, Heime)				X
Lager u. Lagerinsassen (einmalige Erhebung 1955)			XX	
Soziale Verhältnisse der Renten- u. Unterstützungsempfänger (einmalige Erhebung 1953 u. teils 1955)			XX	
<u>V. Finanzen, Steuern, Kapitalmarkt</u>				
1. Finanzen bei Bund, Ländern u. Gemeinden (Gv.)		X		
2. Steuern				
Einkommen- u. Körperschaftsteuer 1954, Lohnsteuer 1955	XX			
Umsatzsteuer 1955 (Koordinierungsvereinbarung)			XX	

Sachgebiet	Gesetz		Verordnung	
	XX - verkündet X - bei gesetzgebenden Körperschaften	X - in (vorparlamentarischer) Beratung	XX - verkündet (gültig bis..) X - beim Bundesrat	X - in (vorparlamentarischer) Beratung
	1	2	3	4
Umsatzsteuer 1956, 1957 u. 1958				X
Hauptveranlagung der Vermögensteuer u. Hauptfeststellung der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe auf den 1.1.1953 (Koordinierungsvereinbarung)			XX	
Verbrauchssteuern (Erhebungen auf Grund einzelner Steuergesetze bzw. Erlasse BMF)				0 ¹⁾
3. Kapitalmarkt				
Kredite, Hypotheken, Wertpapiere, Konkurse u. Vergleichsverfahren, Unternehmen u. Bilanzen der Aktiengesellschaften (auf Grund besonderer Vereinbarungen)				0 ¹⁾
<u>VI. Bevölkerung und Kultur</u>				
1. Bevölkerung				
Natürliche Bevölkerungsbewegung u. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; Todesursachen u. -erklärungen; Wanderungen	X			
Einmalige Ermittlung der Wohnbevölkerung im Rahmen der Wohnungszählung 1956/57	XX			
Mikrozensus	X			
2. Ausländer				0 ¹⁾
3. Gesundheitswesen				
Geschlechtskranke (auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 1953)			XX (29.1.1958)	

¹⁾ 0 = Schaffung einer Rechtsgrundlage nicht beabsichtigt bzw. noch fraglich

Sachgebiet	Gesetz		Verordnung	
	XX - verkündet X - bei gesetzgebenden Körperschaften	X - in (vorparlamentarischer) Beratung	XX - verkündet (gültig bis..) X - beim Bundesrat	X - in (vorparlamentarischer) Beratung
	1	2	3	4
Tuberkulosekranke; Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten; Krankenanstalten; Heil- u. Pflegepersonen (auf Grund spezieller Rechtsvorschriften)				0 ¹⁾
4. Kultur				0 ¹⁾
Schulen u. Hochschulen (Ländervereinbarungen)				0 ¹⁾
Einmalige Individualzählung der Berufsschüler 1957 (Koordinierungsvereinbarung)				X
Bundestagswahlen (gem. § 52 des Bundeswahlgesetzes 1956)	XX			
5. Strafverfolgung (Ländervereinbarung)				0 ¹⁾

¹⁾ 0 = Schaffung einer Rechtsgrundlage nicht beabsichtigt bzw. noch fraglich